



Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

Nr. 78

September
III/2017

DIE LINKE.



und weg ist die Stimme ...

Schwerpunkt: Glaubwürdigkeit

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn diese Tarantel erscheint, ist die Bundestagswahl vorüber. Sofern sich die Umfragen bewahrheiten, besteht für DIE LINKE dann keine „Gefahr“ mehr, Wahlversprechen zu brechen und ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren, indem sie in einer Regierungskoalition „Kröten schlucken“ muss.

Doch hat sich nicht erst in der Phase des Wahlkampfes (Schwerpunkt auf den Seiten 9-19) gezeigt, wie landespolitische Egoisten die Politik der gesamten Partei konterkarieren: Schon im Mai hat die thüringische Landesregierung dem Länderfinanzausgleich und der damit gekoppelten Möglichkeit der Privatisierung von Autobahnen und Fernstraßen zugestimmt – im Widerspruch zu Aussagen des Wahlprogrammwerfs und Beschlüssen der Bundestagsfraktion. Mit dem darauf folgenden Parteitagsbeschluss und der enthaltenen Formulierung „DIE LINKE in Bund und Ländern lehnt die Privatisierung öffentlichen Eigentums ab. Wir halten deshalb die Entscheidung der Landesregierungen im Bundesrat für falsch und hätten uns ein anderes Abstimmungsverhalten gewünscht.“ konnte das nur notdürftig kaschiert werden. Die Erklärung von Katja Kipping, Bernd Riexinger und Christian Görke (S. 19) kann den neuen Glaubwürdigkeitsverlust auch kaum mindern.

Der bereits genannte Parteitagsbeschluss spielte in den Massenmedien keine Rolle. Diese waren voll von Panikmeldungen über den bevorstehenden G20-Protest – das half, eine sachliche Auseinandersetzung über Hintergründe und Positionen zu der erfolgten Grundgesetzänderung zu vermeiden. Hamburg wurde systematisch in einen Ausnahmezustand getrieben: großflächige Demonstrationsverbotszonen, gesetzwidrige Polizeiaktionen gegen geplante Camps, Machtdemonstrationen der Polizei – das konnte von Gipfelgegnern schon als Hölle empfunden werden. Nach den Auseinandersetzungen am 9.7. tauchte in der Berichterstattung ganz kurz die Frage auf, warum denn die Demonstration „Welcome to hell“ überhaupt genehmigt wurde? – Einen besseren Anlass und Demonstrationsaufruf hätten sich die Herrschenden nicht wünschen können, um nach den zu erwartenden Krawallen eine Hetzjagd auf die Linken und weiteren Demokratieabbau zu starten! Wie, mit welcher Geisteshaltung die Polizei in den Einsatz gegangen ist, zeigt der Beitrag auf S. 5.

Die Erfahrungen um und nach dem G20-Gipfel können eine Lehre in politischer Auseinandersetzung sein: Es gibt (immer noch) einen Klassenkampf, der nicht nur mit mehr oder weniger zivilisierten Reden in Parlamenten, Abstimmungen und Koalitionen geführt wird. Dazu gehören auch finanzielle Erpressung (s.o.: Länderfinanzausgleich) und brutale Gewalt. Der Kapitalismus zeigt seine Fratze eben nicht nur durch rechte, profaschistische Parteien, sondern auch durch Verstöße gegen die eigenen Regeln und Gesetze. Das ist eine Reaktion auf sinkende Handlungsspielräume (siehe „Die Mythen der Krise“). Das zu erkennen – darin liegt auch eine Chance. Sie kann allerdings nur genutzt werden, wenn alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen auf den Erhalt demokratischer und sozialer Errungenschaften und gleichzeitig die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise gerichtet sind.

Der SprecherInnenrat hat die Rahmen-Schwerpunktthemen der nächsten Tarantelausgaben bis Ende 2018 beschlossen: „Auswirkungen der Erderhitzung in Deutschland“, „Landwirtschaftswende“, „Historische Aufgabe DER LINKEN“, „Verkehrswende“, „Wirtschaft + Gesellschaft“. Durch diese langfristige Planung wollen wir erreichen, dass diese Themen umfassender und gründlicher behandelt werden. Wenn Sie dazu Beiträge leisten wollen, kontaktieren Sie uns bitte unter tarantel@oekologische-plattform.de, um Inhalt und Umfang abzustimmen.

Die Redaktion

Zum Tod von Manfred Wolf

Die Partei verliert einen wichtigen Mitstreiter für eine ökologische Linke

von Marko Ferst



So viel kann man festhalten, ohne Manfred Wolf hätte es die Ökologische Plattform in der Form, wie sie sich entwickelt hat, nie gegeben.

Am 7. Februar 1994 erschien von mir ein umfangreicher Artikel zu ökologischer Rettungspolitik im „Neuen Deutschland“. Zugleich wurde dabei eine Diskussion zwischen André Brie und mir dort angekündigt unter dem Fokus „Soziale und ökologische Frage - wie Feuer und Wasser“. In der sich entwickelnden Diskussion dazu brachte Manfred Wolf an dem Abend den Vorschlag ein, in der PDS eine Ökologische Plattform zu gründen. Mir gefiel der Vorschlag ausgesprochen gut und ich unterstützte das Ansinnen sofort. Dazu muss man vielleicht wissen, das Pendant, die Kommunistische Plattform, war damals wahrscheinlich die größte Strömung in der PDS und regelmäßig in den Medien präsent. Einen ähnlichen Pol von der ökologischen Seite her aufzuziehen, schien eine höchst interessante Perspektive. In mehreren Treffen wurde die Gründungserklärung der Ökologischen Plattform bei der PDS von vielen MitstreiterInnen erarbeitet und am 24. Juni erblickte die neue Struktur das Licht der Welt.

Diese ehrenamtliche Parteilarbeit forderte über die Jahre unaufhörlich ihren Tribut, die jährlichen Bundestreffen mussten organisiert werden, thematische Konferenzen wurden ausgerichtet usw. Manfred brachte sich selbstlos ein und setzte immer auf ein konstruktives Herangehen, trug einen erheblichen Teil der Lasten. Ende der 1990er Jahre kam man auf die Idee,

ein umweltpolitischer Sprecher und Mitarbeiter im Karl-Liebknecht-Haus sei verzichtbar, bis dahin hatte sich Peter Schott engagiert eingebracht und viel organisatorische Arbeit mit erledigen können. Durch diesen Umstand rückte Manfred an eine noch zentralere Stelle in der Arbeit der Plattform, zumal er vorteilhafterweise unweit der Parteizentrale wohnte. Durch „verlorene Schlachten“ ließ er sich nicht entmutigen.

Manfred Wolf wurde 1936 in Rauschenbach in Niederschlesien geboren, musste mit der herannahenden Front seine Heimat verlassen. Sein Sohn Andreas Wolf meint, seine guten Erfahrungen mit den russischen Soldaten könnten eine Rolle gespielt haben für die spätere Bindung an die DDR. Er studierte „Außenpolitik und internationale Beziehungen“ in Potsdam-Babelsberg. 1958 heiratete er Anita Schmeißer, zwei Söhne stellten sich ein. 1964 wurde er als Attaché an die Botschaft der DDR in Prag delegiert. Bis 1970 arbeitete er drei Jahre als politischer Mitarbeiter in der Abteilung „Benachbarte Länder des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, Sektor ČSSR“. Der „Prager Frühling“ ging nicht spurlos an ihm vorüber, erzeugte erstes kritisches Nachdenken.

Zwei Jahre war er als Stellvertreter des Generalkonsuls in Bratislava tätig. Im Fernstudium absolvierte er ein ökonomisches Zusatzstudium der Humboldt-Universität und begann 1977 in Moskau ein Studium an der Diplomatenaakademie des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR. Zwei Jahre später wurde er Leiter des Sektors ČSSR für Auswärtige Angelegenheiten und 1981 zeitweilig als erster Sekretär der Botschaft in Prag eingesetzt und ging dann zurück.

Wir springen auf das Jahr 1987. Gesundheitliche Beschwerden seiner Frau führten dazu, weitere Auslandseinsätze zu meiden. Durch diese Umstände wurde Manfred Wolf in das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft versetzt. Die Zusammenarbeit im RGW auf diesem Gebiet wurde sein Zuständigkeitsbereich. Vermutlich hier sind die Ursprünge zu suchen, die nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben sein ökologisches Engagement bestimmen werden. Vom Oktober 1990 bis September 1991 arbeitete er noch im gesamtdeutschen Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Mit Blick auf die PDS und ihre Politik mag Manfred

umsichtig argumentiert haben. Wie ich mich an persönliche Gespräche erinnere, löste die praktische Politik der rot-roten Koalition in Berlin aber z.B. eine sehr kritische Bewertung aus. Immer blieb er Diplomat oder wie Wolfgang Borchardt auf der Gedenkveranstaltung am 17. August 2017 für Manfred im Karl-Liebknecht-Haus formulierte „die gute Seele der Ökologischen Plattform“ und hob seinen ausgeglichenen Führungsstil hervor. Nie verlor Manfred das Ziel aus den Augen, für eine ökologischere Linke zu streiten und nicht immer konnte er dabei nur auf Lob hoffen. Auf der Gedenkveranstaltung verwies Wolfgang Methling, ehemaliger Umweltminister in Mecklenburg-Vorpommern, er habe ihn sehr geschätzt und Manfred sei für ihn wie ein „großer Bruder“ gewesen, ein nimmermüder Vermittler zwischen den verschiedenen ökologisch orientierten Linken, ein Brückenbauer. Nie gab er auf, die verschiedenen Fäden zu verknüpfen. Er bemühte sich immer um eine enge Zusammenarbeit und wo möglich und sinnvoll um eine inhaltliche Abstimmung mit der BAG Umwelt und den Umweltpolitikern der Bundestagsfraktion. Das hat insbesondere bei der Formulierung von Anträgen und Änderungsanträgen zu den Parteiprogrammen und Bundestagswahlprogrammen zu einer beachtlichen und von Umweltorganisationen beachteten ökologischen Durchdringung der Programme geführt, so Methling. Andreas Wolf beeindruckte an seinem Vater die kompromisslose Umsetzung des ökologischen Denkens in die häusliche Praxis. Sein Vater realisierte das auch, wenn es mit Einschränkungen und Einbußen bei den Bequemlichkeiten des täglichen Lebens einher ging. Wäre die ökologische Zivilisationskrise in der LINKEN in dem vergangenen Vierteljahrhundert zentral in den Blick genommen worden, hätte dies auch für die Ökologische Plattform eine immense Herausforderung bedeutet, einen viel intensiveren Lern- und Korrektur-

prozess. Es wäre spannend gewesen zu sehen, wie sich die Ökologen in der LINKEN in so einem Fall eingebracht hätten, wie Manfred dies angenommen hätte. Gewiss sind die aktuellen programmatischen Fortschritte der Partei deutlich erkennbar, die aber in der praktischen Landespolitik leider zuweilen konterkariert werden, wie z.B. in Brandenburg.

Für manche Aufgabe kann zweifellos ruhige Diplomatie bessere Ergebnisse erzielen. Zugleich erfordert das Voranbringen ökologischen Parteiprofils auch sprachlich professionell formulierte Inhalte, insbesondere dann, wenn man feststellt, dass man z.B. gegenüber Umweltverbänden oder der grünen Partei viel zu blass in den Aussagen ist. Da müssen dann auch Stirn geboten und Missstände zur Sprache gebracht werden.

Ich habe mich mit Manfred oft ohne Worte verstanden und mochte seine ruhige Art, die mir auch eigen ist, sobald es nicht um die politische Sphäre geht. Nach meinen schweren gesundheitlichen Einschnitten trug er ganz sicher dazu bei, dass ich noch bis zum Herbst 2010 an der unmittelbaren Arbeit der Plattform teil hatte, obwohl dies längst ein Drahtseilakt war. Und so schnell wollte ich die Hoffnung auf Heilung nicht aufgeben.

Ein Punkt noch am Schluss: Wer immer künftig das bundesweit bekannte Ökodorf Siebenlinden in der Altmark besucht, in unmittelbarer Nähe, in Apenburg, fand Manfred Wolf seine letzte Ruhestätte. Das kann man fast wie ein Fingerzeig des Schicksals deuten... Mag Manfred in unseren Herzen und im Geist weiter seinen Platz behalten. Er wird uns sehr fehlen. Ebenso steht im Raum: Wird es möglich sein, seinen Staffeln weiter zu reichen an eine neue Generation, die vielleicht weit erfolgreicher die ökologische Perspektive in der Partei zum Schlüssel aller anderen Politikgebiete transformieren kann?

Dieselgate

BUND-Pressemitteilung 28.7.2017

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat am 28.7.2017 bei den Staatsanwaltschaften der Städte Berlin, Stuttgart, München und Hamburg Strafanzeigen wegen des Verdachts der vorsätzlichen Luftverunreinigung durch Stickoxid-Emissionen aus Diesel-Fahrzeugen eingereicht. Die Strafanzeigen richten sich gegen die verantwortlichen

Vorstände und leitenden Mitarbeiter von Volkswagen, Porsche, Audi, Daimler und gegebenenfalls auch BMW. Der BUND sieht den Tatbestand der „*Freisetzung von Schadstoffen unter Verletzung verwaltungsrechtlicher Pflichten*“ erfüllt.

Sollte der Umweltverband Recht bekommen, müssten die Verantwortlichen der Autokonzerne für die luftver-

unreinigenden Manipulationen von Diesel-Pkw mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder einer Geldstrafe rechnen.

„Wir gehen davon aus, dass die Vorstände vorsätzlich und systematisch gehandelt haben, das zeigen die bekannt gewordenen Kartellabsprachen zur Abgasreinigung“, sagte der BUND-Verkehrsexperte Werner Reh. Konkret hätten die Verantwortlichen die EU-Verordnung über Emissionsgrenzwerte für Verbrennungsmotoren (EG Nr. 715/2007) durch Manipulationen am Abgassystem von Fahrzeugen und durch die Verwendung unzulässiger Abschaltvorrichtungen missachtet. „Die Manipulationen am Abgassystem sind mehr als ein Verdacht, das belegen die Selbstanzeigen von Daimler und VW wie auch die aktuellen Rückrufaktionen“, so Reh. Allein BMW bestreite, illegale Abschaltvorrichtungen eingesetzt zu haben.

„Stickoxide gefährden zweifelsfrei die Gesundheit und verunreinigen die Luft, Gewässer und Böden. Erhöhte Stickoxid-Konzentrationen schädigen die Lunge und verursachen häufigere Atemwegserkrankungen wie

Husten oder Bronchitis“, sagte Reh. Die Menschen in den Städten mit der bundesweit höchsten Überschreitung von Stickoxid-Grenzwerten – darunter Stuttgart, München und Hamburg – hätten darunter besonders zu leiden. Auch in Berlin sei die Belastung sehr hoch, weil hier an sechs von 16 Messstellen Grenzwert-Überschreitungen festgestellt wurden. Alleine in Deutschland seien Stickoxide für etwa 10600 vorzeitige Todesfälle verantwortlich. Als Vorläufersubstanz für Ozon und für sauren Regen schädigten sie zudem die Atmosphäre sowie in der Folge Böden und Gewässer, so Reh.

„Die Verantwortlichen der Autokonzerne haben aus unserer Sicht hohe Gesundheits- und Umweltbelastungen zu verantworten. Sie hätten weniger schädliche Autos produzieren können, haben sich aber offenbar bewusst fürs Täuschen und Manipulieren entschieden. Das fahrlässige bis mutwillige Verhalten der Autobosse muss politische und auch rechtliche Konsequenzen haben“, forderte Reh.

G20 Demos - Polizeiwaffen gegen Sanitäter

Internationale Presseagentur Pressenza - Büro Berlin; von Peter Vlatten, 18. Juli 2017

"Die Polizei ist keine unfehlbare Kraft und in einem Rechtsstaat und in einer Demokratie sollte ihr Handeln kritisch begleitet werden. Nur in autoritären Regimen werden Sicherheitskräfte kritiklos gewürdigt und nicht hinterfragt."

Vorab-Bemerkung eines Betrachters und Lesers.

Statement der Riot Medics Berlin zur Nacht vom 07. - 08.07.2017 im Hamburger Schanzenviertel

Als Gruppe Riot Medics waren wir während des G20-Gipfels in Hamburg seit Donnerstag, 6. Juli auf den Straßen unterwegs. Mit signalfarbenen Uniformen waren wir als Sanitäterinnen und Sanitäter zu erkennen und jederzeit ansprechbar. Wir standen verletzten Menschen bei und übernahmen die medizinische Erstversorgung in Situationen, in denen offizielle Rettungsdienste keine Versorgung gewährleisten konnten.

Wir verstehen uns nicht als politischer Akteur, die Einschätzung dieses Wochenendes überlassen wir anderen. Nach einigen Tagen irritierender Presseberichterstattung sehen wir allerdings die Veröffent-

lichung eines Gedächtnisprotokolls aus der Freitagnacht zum Polizeieinsatz im Hamburger Schanzenviertel dringend geboten.

Als sich am Freitagabend die Situation auf der Schanze zuspitzte und auch für uns unübersichtlicher wurde, richteten wir mit Hilfe der Berliner Left-Demo-Medics und der Bewohner_innen eines Hauses auf dem Schulterblatt eine Versorgungsstation in einem Hausflur gegenüber der Lerchenstraße ein. Dorthin konnten wir verletzte Personen aus akuten Gefahrenzonen bringen, untersuchen, behandeln, gegebenenfalls Kontakt mit Rettungsdiensten aufnehmen und ihren Abtransport organisieren. Letzteres wurde aufgrund von Polizeisperren und Barrikaden im Laufe des Abends zunehmend schwieriger.

Als kurz nach Mitternacht das Gebiet von Polizei-Einheiten gestürmt wurde, beschlossen wir, im Haus zu bleiben. Mit uns im Haus befanden sich zahlreiche Patient_innen, die weiterführende medizinische Versorgung in einem Krankenhaus benötigten, sowie deren Angehörige. Insgesamt waren es etwa 18 Personen. Darunter war ein Patient, dessen Zustand es erfor-

derte, ihn liegend ins Krankenhaus zu transportieren. Versuche, einen Krankenwagen auch nur in die Nähe der Schanze zu bekommen, waren erfolglos gescheitert und so warteten wir im Hausflur, bis sich die Situation auf den Straßen wieder beruhigen würde.

Etwa um 00:50 Uhr, nachdem offenbar einige Straßen von Barrikaden geräumt wurden, verließen drei der Sanitäter_innen das Haus, um ihren Heimweg anzutreten. Vor der Haustür trafen sie auf eine Gruppe von Beamten einer nicht näher erkennbaren Spezialeinheit der Polizei, die sich dem Hauseingang näherte. Sie wiesen die Beamten darauf hin, dass sich in diesem Hausflur Sanitäter_innen und Verletzte befänden.

Im Hausflur selbst kam kurz darauf ein Bewohner die Treppe hinunter und sagte, er sei von der Polizei angewiesen worden, die Haustür von innen zu öffnen.



Nachdem er die Tür öffnete, betraten mehrere mit Maschinengewehren bewaffnete Spezialkräfte den Flur,

befahlen uns die Hände zu heben, einer von ihnen rief: 'Das Spiel ist jetzt vorbei'. Direkt hinter der Eingangstür lag der schwer verletzte Patient eingewickelt in Rettungsdecken mit laufender Infusion. Im Erdgeschoss sowie auf den Treppenstufen saßen ausschließlich markierte Sanitäter_innen, in den oberen Stockwerken warteten weitere Patient_innen.

Mit Sturmhauben und ballistischen Westen ausgerüstet zielten die Spezialkräfte auf Köpfe und Oberkörper mehrerer Sanitäter_innen im Treppenhaus. Sie forderten uns auf, uns nicht zu bewegen und die Arme oben zu halten, sonst würden sie von ihren Schusswaffen Gebrauch machen. Die grünen Laser-Zielhilfen aus den Gewehrläufen blieben über die gesamte Zeit auf die Oberkörper derjenigen gerichtet, die im Erdgeschoss und im Treppenhaus für die Polizisten sichtbar waren. Zwei Sanitäter und eine Ärztin, die bei dem schwer verletzten Patienten am Hauseingang geblieben waren, wurden aufgefordert, den Patienten aus dem Haus zu tragen. Er sollte hinter einem gepanzerten Polizeifahrzeug abgelegt werden. Die zwei Sanitäter sollten sich mit den Händen an eine Hauswand und auseinander gespreizten Beinen aufstellen. Währenddessen waren aus einem anderen Haus mehrere Detonationen und

Ramm-Geräusche zu hören. Einem der Sanitäter wurde der Lauf einer Waffe in den Rücken gedrückt mit den Worten 'Augen nach links, oder es knallt'. Die Ärztin blieb bei dem Patienten, bis wir aufgefordert wurden, ihn zu einem RTW außerhalb der Polizeiabspernung zu bringen.

Wir übrigen im Hausflur verbliebenen Menschen wurden aufgefordert, langsam und mit erhobenen Händen nach unten zu gehen. Während die Zielfernrohre auf uns gerichtet blieben, mussten wir einzeln das Haus verlassen. Einige wurden abgetastet, durchsucht und bei erneuter Androhung des Schusswaffengebrauchs zur absoluten Kooperation genötigt.

Nach Verlassen des Hauses wurden wir nicht weiter beachtet. Wir blieben auf der gegenüberliegenden Straßenseite stehen und warteten das Ende des Einsatzes ab. Was sich währenddessen und anschließend im Haus abspielte, entzieht sich unserer Kenntnis. Nach etwa 30 Minuten, als die Spezialkräfte das betreffende Haus verlassen hatten, durften wir zurück in den Hausflur gehen, um unsere Ausrüstung zu holen. In Begleitung von Polizeibeamten wurden wir schließlich in Richtung Neuer Pferdemarkt bis vor die Polizeikette geführt.

Die Situation ging für uns am Ende glimpflich aus. Dennoch standen die meisten der im Haus befindlichen Sanitäter_innen unter Schock und mussten ihre freiwillige Arbeit für den Rest des Wochenendes beenden. Mindestens drei Personen nahmen daraufhin psychologische Nothilfe in Anspruch.

Bereits rund um die zerschlagene Demonstration am Donnerstag bekamen wir Helfende ein hohes Maß an Gewalt und Brutalität zu sehen. Gegen Mauern gedrückte Menschen, panisch fliehende Männer und Frauen. Das Erlebnis auf uns gerichteter Maschinengewehre wird darüber hinaus ein einschneidendes bleiben. Und es wirft für uns die Frage auf, ob bei der bisherigen medialen und politischen Aufarbeitung der Geschehnisse eine ausreichende Auseinandersetzung mit der Verhältnismäßigkeit des Einsatzes bewaffneter Polizeikräfte stattfindet.

Riot Medics Berlin

Anmerkungen:

- ▶ Auch die Helfer standen nach dem Erlebten im Schanzenviertel, aber auch nach vielen anderen Gewaltsituationen selbst unter Schock, waren teilweise wie traumatisiert.

- ▶ Auch ganz normale Pflegekräfte äußerten sich empört, da sie wegen Polizeiabsperrungen teilweise stundenlang an den verschiedensten Orten Hamburgs durch die Polizeiabsperrungen nicht zu ihren Patienten durchgelassen wurden. Wie sagte doch der OB? Keiner merkt was von

dem Gipfel. Die Polizei hat nichts (!) falsch gemacht!

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0
<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Urhebernachweis:

Sanitätsgruppe Süd-West

"Aber was ist mit den Hühnern?"

"Du, ich habe im Fernsehen gesehen, dass die Arbeiter, die das Milbenmittel in Hühnerställen versprühen, durch das das Fipronil in die Eier gekommen ist, Schutzanzüge tragen." "Dann sind ja sicher nicht nur die Eier, sondern auch das Fleisch kontaminiert." "Aber was ist mit den Hühnern?"

Was soll mit den Hühnern sein? Als Subjekte mit eigenen Interessen und Neigungen, Ängsten und Hoffnungen existieren sie aus menschlicher Sicht nicht, so dass sie ungestraft ausgebeutet und getötet werden dürfen. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes "vogelfrei", auch wenn der gesetzliche Tierschutz Einschränkungen bei ihrem Verbrauch aufzeigt. Wenn anlässlich des Fipronil-Skandals gefordert wird, nun gehe es darum, "so schnell wie möglich wieder Vertrauen in die Eier, die Hühner und die ganze Branche herzustellen"¹, dann sind damit Tiere gemeint, die ganz und gar Adressaten eines ihnen fremden Interesses sind, die nicht einmal über einen Restbestand an von Vernutzung durch andere freies Leben verfügen. Für die Produktion von Eiern und Fleisch geboren ist das auf diesen Zweck zugerichtete Huhn mehr ein technisch-wissenschaftliches Artefakt als ein Tier im landläufigen Sinne. So schwer, dass der Hahn unter seines Fleisches Last zusammenbricht, so überstimuliert, dass die Henne von der Vielzahl gelegter Eier ausgezehrt und lange vor Ablauf ihrer biologisch möglichen Lebenszeit restverwertet wird, sind diese Tiere ihrer ursprünglichen Natürlichkeit in einem Ausmaß entfremdet, dass ihr Dasein als industrieller Betriebsstoff sogar als artgerecht und angemessen bezeichnet werden kann.

Das meint zumindest die Co-Leiterin des Wissenschaftlichen Geflügelhofes des Bundes Deutscher Rassegeflügelzüchter und anerkannte Hühnerexpertin Dr. Inga Tiemann. Ihrer Antwort auf die Frage eines DLF-Moderators danach, wie sie über die Hühnerhaltung in

Ställen denkt, ist die positive Bewertung der Domestizierung sogenannter Nutztiere implizit, spricht die Forscherin handelt nach bestem Wissen und Gewissen: "Ich bedaure die industrielle Tierhaltung nicht - mit Einschränkungen -, denn die Tiere sind seit fast 70 Jahren perfekt darauf gezüchtet, in beengten räumlichen Verhältnissen klar zu kommen. (...) Sie sind perfekt auf diese Umwelt angepasst."² Der Erfolg der Zurichtung auf einen Lebenssinn, der allein im Verzehr durch andere aufgeht, besteht aus dieser Sicht darin, dass die Hühner es einfach nicht besser wissen. Mit züchterischer Intelligenz der letzten Impulse verbliebener Wildheit beraubt sind sie nun sehr viel leichter zufriedenstellen, als wenn sie sich stets an den Gitterstäben ihrer Käfige rieben.

Wie sollte ein Mensch sein Leben als Gefangenschaft erkennen und den Ausbruch planen, wenn er keinen Begriff von Freiheit hat? Die Begrenzung seines Horizontes auf selbstgenügsames Funktionieren war stets der Schlüssel zu erfolgreicher Herrschaftsausübung und ist es heute noch. Das andere Wesen in seinen Fesseln zu bestätigen und sie damit enger zu ziehen, anstatt es solidarisch dabei zu unterstützen, sie zu sprengen, ist die Voraussetzung dafür, es im eigenen Interesse manipulieren, benutzen und verbrauchen zu können, ohne dass es dagegen Widerstand leistet. Stimmt es seiner Unterwerfung sogar bereitwillig zu, dann feiert die sozialdarwinistische Logik Triumphe, durch die Vertiefung herrschender Gewaltverhältnisse bis in die elementaren Reflexe biologischer Determination hinein insgesamt größeren Nutzen zu erwirtschaften. Es ist die faschistische Doktrin vom organischen Ganzen des Volkes, der Rasse, der Spezies oder Art, dem sich der oder die einzelne zum Zwecke, ein höheres Ziel zu erreichen, auf Gedeih und Verderb zu unterwerfen hat.

1 <https://www.tag24.de/nachrichten/de-volkskrant-hollands-gefluegelbranche-muss-vertrauen-herstellen-d276223>

2 http://www.deutschlandfunk.de/zwischen-sojaschrot-und-stallpflicht-auf-der-suche-nach.1775.de.html?dram:article_id=383120

3 http://www.upc-online.org/thinking/peter_singer.html

So wenig wie das Volk, die Nation, die Menschheit als selbstbestimmt handelndes Subjekt in Erscheinung tritt, so wenig sagt "das Huhn" etwas über das einzelne Wesen aus, das sich unter den 400.000 Hühnern befindet, die in einer großen Schlachtfabrik täglich getötet und verarbeitet werden. Unter den Tieren des Landes sind Hühner "das größte, am schnellsten expandierende Universum des Schmerzes und Leidens auf dem Planeten"³. Allein gelassen nicht nur von den "Verbrauchern", sondern auch von Philosophen wie Peter Singer, der 1975 mit "Animal Liberation" die Bibel der Tierrechtsbewegung vorgelegt hat. Auch er ist der Ansicht, dass es ethisch konform sei, Hühner zu schlachten, verfügten diese doch über kein Selbstbewusstsein und hegten demgemäß keine Erwartungen an die Zukunft.

Was also ist mit den Hühnern? Eben das, was alle menschlichen und nichtmenschlichen Tiere wissen und miteinander gemein haben, wenn ihnen aus dem bodenlosen Fass des Schmerzes eingeschenkt wird.

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Schattenblick

Online-Zeitung SCHATTENBLICK

Schattenblick * INFOPOOL * POLITIK * KOMMENTAR
RAUB/1123: "Aber was ist mit den Hühnern?" (SB)

Copyright 2012 by MA-Verlag, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth

Link zum Originaltext:

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1123.html>

Der Gott des Gemetzels

von Annette Kaufhold

Du denkst bei Artensterben zwar
vielleicht an Dinosaurier
aber dieses Phänomen
ist heute noch ein Hauptproblem

Doch wo schon sehe ich Empörung
über Lebensraumzerstörung
sie schreitet schneller jetzt voran
als noch vor ein- zweihundert Jahren

Und so hat es der Mensch geschafft
indem er alles an sich rafft
viele Tier und Pflanzenarten
konnten nicht auf Schonung warten

Ausgestorben, genetisch tot
und weiter geht ´s trotz Jagdverbot
trotz Naturschutzreservaten
Studien, Fakten, Listen, Daten

Die Rote Liste, die wird länger
jährlich, täglich, stündlich enger
wer sagt mal „Stop“, jetzt hört doch auf
so nimmt das alles seinen Lauf

Wie schon beim Auerochs, dem Ur
man wollte Fell und Fleisch ja nur
dem Elfenbeinspecht ging ´s ebenso schlecht
dem Beutelwolf auch nichts mehr half
die Stellersche Seekuh verschwand im Nu
der Harlekinfrosch auch bald erlosch
der Flussdelfin ist auch schon hin
Riesenfingertier starb mangels Revier

Das war eine Auswahl
zu groß wär die Qual
sie alle aufzuzählen
all die toten Seelen

Welche ökologischen Ziele muss die LINKE im Wahlkampf vertreten?

Von Carsten Preuß¹



Wir haben heute viel zum Wahlprogramm gehört.

Wahlprogramme haben durchaus eine wichtige Funktion. Parteien formulieren hier ihre Selbstdarstellungen. Man kann am Wahlprogramm erkennen, wo eine Partei aktuell steht. Sie müssen

sowohl den parteiinternen Konsens abbilden als auch Kompromisse konkurrierender Strömungen ausformulieren.

Sie sollen neue WählerInnen-Gruppen erschließen ohne alte zu verprellen. Sie sind gleichzeitig festlegen und offenhalten. Und auch wenn Wahlprogramme vornehmlich nach außen zielen, sie sind immer auch nach innen gerichtet.

Kritische LeserInnen von Parteiprogrammen müssen überlegen, was es bedeutet, an welcher Stelle bestimmte Inhalte aufgeführt sind und gleichzeitig zählen, wie häufig sie auftauchen („nachhaltig“ findet sich 33 mal, „ökologisch“ 95 mal im Wahlprogramm).

Im bislang zu beobachtenden Wahlkampf der LINKEN fällt zwar das Stichwort „sozial-ökologischer Umbau“, aber mehr eben häufig nicht. Die zu Recht im Fokus stehende soziale Frage ist aber auch eine globale Frage. Und gerade die Nichtlösung der ökologischen Frage ist es, die auch global die soziale Ungleichheit noch weiter verschärft.

In der Wahlstrategie kommen das Wort „ökologisch“ nur noch sechs mal vor (3 Mal, um die Positionen der Grünen zu beschreiben) und das Wort „nachhaltig“ nur ein mal, (bei der Beschreibung der Grünen Positionen.) Mein Thema heute lautet: „Welche ökologischen Ziele muss die LINKE im Wahlkampf vertreten?“ Das ist ein weites Feld. Aber um es gleich vorweg zu nehmen. Die ökologischen Ziele sind im Wahlprogramm formuliert. Es kommt darauf an, diese glaubwürdig zu vermitteln. Und richtig zu kombinieren, damit Zusammenhänge deutlich werden.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen um zwei Themenbereiche anzusprechen.

Der erste Themenbereich beschäftigt sich mit der Frage des Wachstums und der zweite Themenbereich,

den ich ansprechen möchte, beschäftigt sich mit der Frage der Glaubwürdigkeit (hier möchte ich die Erfahrungen aus Brandenburg ansprechen und bei diesem Teil möchte ich vornehmlich als Vorsitzender des BUND Brandenburg zu euch sprechen, an den hat sich ja auch eure Anfrage gerichtet).

Zur Wachstumsfrage – eine Frage, die sich gerade die LINKE generell stellen muss, nicht nur in Wahlkampfzeiten. Alle anderen Parteien wollen der weiterhin wachsenden Produktion einen grünen Anstrich geben. Das wird aber auf lange Sicht nicht reichen.

Bei der ökologischen Frage geht es nicht nur um Fragen, die die Verteilung der Produktion betreffen, sondern die den Kern der Herstellung von Gütern betreffen. Bei der ökologischen Frage muss es auch um die Menge und Qualität an Nahrung und Gütern gehen, die generell verteilt werden kann, wenn wir nachhaltig wirtschaften wollen.

Derzeit leben wir über unsere Verhältnisse!

Der globale Erdüberlastungstag wird in diesem Jahr Anfang August erwartet. In Deutschland hat die Bevölkerung schon am 24. April 2017 die gesamte Menge an natürlichen Ressourcen verbraucht, die ihr rechnerisch in diesem Jahr zur nachhaltigen Nutzung zur Verfügung stünde.

Dennoch läuft immer wieder die Diskussion, auch auf dem G20-Gipfel, wie die Wirtschaft in Fahrt kommt. Diese Debatte ist jedoch falsch. Manche Ökonomen meinen sogar, dass sie zwecklos ist: Ein Ende des Wachstums ist eigentlich in den entwickelten Industrieländern, unvermeidlich.

Da sind wir beim Thema Grenzen des Wachstums.

Aber: Der Kapitalismus hat einen großen Haken - er funktioniert nicht ohne Wachstum.

Im Wahlprogramm stehen zwei Sätze, die sich kritisch mit dem Thema Wachstum auseinandersetzen:

S 85: „Kapitalismus bedeutet Wachstum um jeden Preis, auf Kosten von Mensch und Natur. DIE LINKE streitet dafür, dass der dringend notwendige ökologische Umbau der Gesellschaft nicht länger durch die Profitinteressen von Konzernen blockiert wird. Wir wollen eine sozial-ökologische Wende, von der alle Menschen durch bezahlbare Energie, erschwingliche Mobilität, gesunde Nahrungsmittel und mehr Lebensqualität profitieren“.

¹ Vortrag auf der Konferenz "DIE LINKE im Wahlkampf", 15.07.2017, Berlin

S 80: „An die Stelle blinden Wachstums müssen gezielte, am Gemeinwohl und dem Bedarf der Bevölkerung orientierte Investitionen in den sozialen und ökologischen Umbau von Produktion und Dienstleistungen treten. Diese müssen dazu beitragen, den Verbrauch natürlicher Ressourcen und den Energieverbrauch zu reduzieren. Das will DIE LINKE auf den Weg bringen durch eine Demokratisierung der Wirtschaft, eine andere Steuerpolitik und eine grundlegende Reform der staatlichen Wirtschaftsförderung. Umweltschädliche Subventionen wollen wir beenden“.

Hier stellt sich die Frage, ob bzw. wie eine Demokratisierung der Wirtschaft, eine andere Steuerpolitik und eine grundlegende Reform der Wirtschaftsförderung allein zu einem grundlegenden Wandel der Gesellschaft im Sinne einer tatsächlich nachhaltigen Wirtschaftsweise beitragen. Ich bin skeptisch, ob es allein dadurch zu einem grundlegenden Wandel der Gesellschaft im Sinne einer tatsächlich nachhaltigen Wirtschaftsweise kommen wird bzw. kommen kann.

Um es deutlich zu sagen: Allein die Themen Demokratisierung der Wirtschaft, eine andere Steuerpolitik und Reform der Wirtschaftsförderung können, je nach Schwerpunktsetzung, eine Riesenaufgabe innerhalb einer Legislaturperiode sein. Das sind wichtige Schritte in die richtige Richtung.

Dennoch zweifle ich, dass damit ein grundlegender Wandel unserer Gesellschaft hin zu einer wirklich nachhaltigen Wirtschaftsweise erreicht werden kann. Der Wachstumszwang ist damit nicht aufgehoben.

An dieser Stelle erwartet man aber gerade von der LINKEN eine Antwort, zumindest einen Einstieg in eine Antwort. Wer den grundlegenden Wandel der Gesellschaft verspricht, muss an dieser Stelle Antworten haben. Immer mehr, immer größer – geht auf einer endlichen Welt nicht.

Zugegeben, ich habe auch keine Antwort auf diese Frage, aber:

In der konventionellen Betrachtungsweise zum Thema Wachstum steht bei den Ökonomen bzw. Volkswirten leider häufig das Thema Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Mittelpunkt. Hieran wird alles – auch in der Politik – ausgerichtet. Das halte ich für falsch. Aus meiner Sicht müsste in Zukunft ein anderer Maßstab oder andere

Maßstäbe herangezogen werden, um die „Leistung“ von Wirtschaft und Gesellschaft zu bewerten.

Zum BIP findet sich im Wahlprogramm der LINKEN nur etwas im Zusammenhang mit dem Militärausgaben und der Entwicklungszusammenarbeit. (2%; 0,7%)

Das BIP wird seit der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts als ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft angesehen. Es gibt den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen an, die in einem Jahr innerhalb der Landesgrenzen einer Volkswirtschaft hergestellt und verkauft werden. Die Veränderung des BIP zeigt das Wirtschaftswachstum an.

Das BIP kann jedoch wenig über die Entwicklung von Natur- und Humankapital aussagen. Bildungs- und Gesundheitsausgaben werden im BIP nur als Kon-

sum und nicht als Investition in Humankapital gewertet. Veränderungen des Naturkapitalstocks durch Umweltverschmutzung oder Ressourcenknappheit werden nicht berücksichtigt.

Ausgaben für Aufräumarbeiten nach der Explosion der Ölplattform Deepwater Horizon im Golf von Mexiko zählen beispielsweise zum BIP, auch wenn die Natur dadurch einen enormen Schaden erleidet. Kriminalität kann sogar zu einer Steigerung des BIP führen, weil Polizeieinsätze und Besitzschäden zu Ausgaben führen, Ein Verkehrsunfall mit schwer verletzten Personen kann zur Steigerung des BIP führen, weil Gesundheitskosten und der Ersatz des demolierten Autos als Konsum gewertet werden.

Das heißt, eine Zunahme des BIP steht nicht automatisch für eine Zunahme an Wohlbefinden oder Zufriedenheit, weil eben wesentliche Elemente wie saubere Umwelt, gesellschaftlicher Zusammenhalt oder Zufriedenheit der Menschen nicht erfasst werden.

Das Wirtschaftswachstum bzw. eine Steigerung des BIP ist auch keine gute Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit (Klimawandel, Umweltzerstörung, demografischer Wandel, Sicherheit, etc.). Die Politik setzt jedoch nach wie vor auf das BIP, anstatt auf langfristige nachhaltige Entwicklung abzielen. In politischen Debatten ist es schwer, Maßnahmen durchzusetzen, die das BIP senken aber Wohlfahrt stiften. Gefragt sind aber Indikatoren, die ebenso klar

In politischen Debatten ist es schwer, Maßnahmen durchzusetzen, die das BIP senken aber Wohlfahrt stiften.

und ansprechend wie das BIP sind, aber andere Dimensionen von Fortschritt – insbesondere umweltbezogene und soziale – messen.

Der Bundestag hatte bereits 2010 die Einsetzung einer Enquete-Kommission mit dem Titel Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft beschlossen. Die Kommission legte im Juni 2013 ihren Abschlussbericht vor und beendete ihre Arbeit.

Seither ist es verdächtig still geworden um die Sache. Daran könnte angeknüpft werden. Das wäre ein Ansatz, den die LINKE ganz praktisch in der kommenden Legislaturperiode weiter verfolgen könnte. Aber das ist nicht nur eine Frage, der sich die Fraktion stellen sollte, sondern eine Frage, die sich auch die Partei stellen sollte.

Als zweites Thema möchte ich das Thema Glaubwürdigkeit ansprechen.

Mein Thema „Welche ökologischen Ziele muss die LINKE im Wahlkampf vertreten?“ kann nicht beantwortet werden, ohne die Glaubwürdigkeit vorher zu hinterfragen, und hier ist mein Blickfeld auf Brandenburg gerichtet.

1. Während Linke im sächsischen Landtag im Oktober 2013 die Pläne des Energiekonzerns Vattenfall für den neuen Tagebau Nochten II ablehnten, war das Verhalten der Linken in Brandenburg ganz entgegengesetzt. 2014 gab es offenen Streit zwischen der LINKEN auf Bundes- und Landesebene zum Braunkohleplan für den neuen Tagebau Welzow-Süd II. Dem hatten 2014 die LINKEN Minister im Brandenburgischen Kabinett schließlich zugestimmt, obwohl die LINKE vor der Landtagswahl 2009 und vor Bildung der rot-roten Koalition das Volksbegehren gegen neue Tagebaue unterstützt hat.

Beim Thema Braunkohle hat die LINKE Brandenburg nicht nur klimapolitisch versagt, sie hat an dieser Stelle für viele Menschen in Brandenburg ihre Glaubwürdigkeit verloren.

Wie sollen wir jetzt für den Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2035 Wahlkampf machen, wenn die LINKE in Brandenburg einem Braunkohlenplan zustimmt, der eine Kohleförderung bis über das Jahr 2040 hinaus ermöglicht?

2. Im Januar 2013 wurde das Volksbegehren für ein Nachtflugverbot von 22 Uhr bis 6 Uhr am BER erfolgreich abgeschlossen. Anschließend begann bei der Brandenburger LINKEN Spitze ein Schlingerkurs. Vor der Regierungsbeteiligung war die LINKE für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.

Rot-Rot hatte sich jedoch darauf verständigt, das Volksbegehren abzulehnen, sich aber auf Bundesebene für ein deutschlandweites strengeres Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr einzusetzen. An der LINKEN-Basis hat es angesichts des Schlingerkurses von Landespartei und Landtagsfraktion schweres Entsetzen und Unmut gegeben.

Auch die brandenburgischen Bundestagsabgeordneten und Gregor Gysi hatten eine klare Haltung der Linksfraktion im Landtag gefordert und vor einem Glaubwürdigkeitsverlust gewarnt. Letztlich wurde das Volksbegehren für ein Nachtflugverbot am 27.2.2013 von Rot-Rot im letzten Moment doch noch angenommen.

Es hat sich aber eingepreßt, dass man die LINKE in Brandenburg erst zum Jagen tragen musste. Nach außen hin sah es so aus, dass Mitregieren wichtiger ist als Glaubwürdigkeit.

3. 2015/2016 war das Volksbegehren gegen „industrielle Massentierhaltung“ in Brandenburg erfolgreich. Die LINKE hatte die Volksinitiative eigentlich unterstützt. Nach dem erfolgreichen Volksbegehren wollte die rot-rote Landesregierung das Volksbegehren ablehnen. Die Ablehnung blieb den LINKEN erspart, da eine Einigung mit den Initiatoren erzielt werden konnte. Im April 2016 hat der Brandenburger Landtag das Volksbegehren dann in veränderter Form angenommen.

Auch hier wurde deutlich, dass die ursprüngliche Position der LINKEN, wenn sie in Regierungsverantwortung ist, aufgeweicht wurde.

Das macht es nicht leicht, in Brandenburg für die LINKE ökologische Themen glaubhaft zu vermitteln.

Und es gibt weitere Beispiele:

- ▶ Die LINKE will gemäß Wahlprogramm die weitere Privatisierung der Waldflächen verhindern. Tatsächlich wurden und werden in Brandenburg unter Rot-Rot Waldflächen privatisiert. Die ehemaligen Truppenübungsplätze die das

Land vom Bund kostenlos erhalten hat, sind weitgehend privatisiert. Zumeist an große Forstwirtschaftsunternehmen, die allein durch ihren immensen Grundbesitz zu wichtigen Playern der ländlichen Räume geworden sind.

- ▶ Die LINKE will gemäß Wahlprogramm auch mehr für den Bodenschutz tun:

In Brandenburg gab es leider auch unter Rot-Rot keine Fortschritte beim Bodenschutz. Beispielsweise hätte eine Neudefinition der Grundsätze und Handlungsempfehlungen zur guten fachlichen Praxis der landwirtschaftlichen Bodennutzung erfolgen können. Das ist nicht geschehen, obwohl wir in der ersten rot-roten Koalition sogar die Umweltministerin gestellt hatten.

- ▶ Die LINKE will gemäß Wahlprogramm auch mehr für den Gewässerschutz tun, insbesondere eine Reduzierung der Schadstoffeinträge durch Düngemittel und Pestizide in Flüsse und Meere.

Derzeit wird in Brandenburg eine Novellierung des Landeswassergesetzes im Landtag diskutiert. Eine gesetzliche Verankerung von Gewässerrandstreifen zum Schutz vor schädlichen Stoffeinträgen – wie es der BUND fordert – ist jedoch auch unter einer rot-roten Landesregierung nicht zu erwarten, obwohl Brandenburgs Gewässer seit Jahren weit entfernt von einem guten Erhaltungszustand sind.

- ▶ Die LINKE will gemäß Wahlprogramm erreichen, dass Bauernland nicht in Investorenhand kommt, sondern bei ortsansässigen Landwirtinnen und Landwirten sowie bei gemeinnützigen Landgesellschaften verbleibt:

Die Entwicklung der Bodenpreise ist weiterhin besorgniserregend. Die ortsansässigen Landwirte sind bei diesen Preisen vom Bodenhandel ausgeschlossen, da diese mit den Großunternehmen nicht konkurrieren können.

Es gibt Auswege, die auch das Land hätte umsetzen können. Andere Bundesländer haben es bereits vorgemacht. Durch ein Agrarstruktursicherungsgesetz hätte sichergestellt werden können, dass Bauernland in Bauernhand bleibt. Ortsansässige Landwirte sollten künftig beim Flächenerwerb wirksam privilegiert werden. Sie sollten deshalb bereits im Vorfeld ihr Interesse an ortsnahen Flächen

bekunden können. Unter bestimmten Voraussetzungen sollte ihnen dann ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden. Gleichzeitig hätte eine Brandenburgische Landgesellschaft gegründet werden können, die das Vorkaufsrecht ausüben kann, wenn es die Landwirte nicht können. Diese Landgesellschaft hätte dann die Flächen an ortsansässige Landwirte, z. B. auch an Biobauern verpachten können.

- ▶ Bei der EU-Agrarförderung will sich DIE LINKE gemäß Wahlprogramm ab der kommenden Förderperiode für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik einsetzen. Öffentliche Gelder soll es nur noch für öffentliche Leistungen geben.

Wie das konkret aussehen soll, wird jedoch noch nicht ganz klar. Die Umweltverbände fordern ebenfalls eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik und dass es öffentliche Gelder nur noch für öffentliche Leistungen geben soll. Soweit sind die Forderungen identisch. Aber die Umweltverbände fordern konkret die Mittel der ersten Säule (flächenbezogene Mittel ohne wesentliche Gegenleistung) in die zweite Säule zu verteilen (öffentliche Gelder nur noch für öffentliche Leistungen). Die Forderung der Umverteilung von der ersten in die zweite Säule findet man bei der LINKEN nicht.

Bei der angestrebten grundlegenden Reform der EU-Agrarpolitik hätten die Bundesländer, mit LINKER Regierungsbeteiligung schon tätig werden können.

Es gab eine gemeinsame Bundesratsinitiative von Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die die stärkere Förderung von Umwelt- und Tierwohlmaßnahmen in der Landwirtschaft erreichen wollte. Die Initiative sieht vor, künftig 15 Prozent statt der bisher 4,5 Prozent der Fördermittel aus der ersten Säule in die zweite Säule umzuschichten. Diese Initiative hätte ab dem Prämienjahr 2018 greifen können. Brandenburg hat diese Initiative leider nicht unterstützt. Und das nicht nur, weil der Landwirtschaftsminister von der SPD ist, sondern weil die LINKE nicht unbedingt für eine Umschichtung von der ersten in die zweite Säule ist.

Zurück zur Ausgangsfrage:

Welche ökologischen Ziele muss die LINKE im Wahlkampf vertreten?“

2014 kandidierte ich bereits für den Landtag mit dem Slogan *Nachhaltig. Für Brandenburg.*

Ich kann mich noch gut an eine Wahlwerkstatt 2014 erinnern, bei der uns die Ergebnisse einer von der brandenburgischen LINKEN in Auftrag gegebenen Umfrage präsentiert wurden. Dabei ging es um die Frage, welche Themen für die Brandenburgerinnen und Brandenburger wichtig sind. Ganz viele Themen standen zur Auswahl. Die Top-Themen waren dann Arbeit, Sicherheit, Bildung, Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Rente.....

Irgendwo ganz am Ende stand das Thema Umwelt.

Meine tatsächliche Wahrnehmung war und ist eine andere.

Als Direktkandidat für die LINKE im WK 62 spreche ich bei jeder Gelegenheit Nachhaltigkeitsthemen an. Aber nicht nur wenn ich es anspreche, werden ökologische Fragen im aktuellen Wahlkampf diskutiert. Bei den bisherigen Wahlkampfauftritten habe ich gemerkt, dass sich die Menschen für Umwelt- und Nachhaltigkeitsthemen sehr wohl interessieren.

Auf die Themen Klima, Glyphosat, Landwirtschaft bin ich bereits mehrmals in den letzten Wochen angesprochen worden. Die Themen Nachhaltigkeit und Ökologie sind in den Diskussionsrunden und Debatten, vor denen wir in den nächsten Wochen stehen, wichtig, da eine sozial gerechte und friedliche Politik ohne einen ökologischen Ausgleich mittelfristig undenkbar und nicht realisierbar ist. Genau diese Zusammenhänge sind es, für die sich die Menschen sehr wohl interessieren.

Die ökologischen, sozialen und Fragen der globalen Gerechtigkeit müssen miteinander verbunden werden, da sie, ob beim Klima, bei der Welternährung oder beim Wasser, zusammen gehören.

Für die Agrarwirtschaft in den Entwicklungsländern des Südens gilt, diese nicht durch hoch subventionierte Importe aus den entwickelten Ländern um ihre Zukunftsperspektive zu bringen. Der Export von Hähnchenfleisch nach Afrika, der Fischfang durch europäische Fischfangflotten vor den Küsten Afrikas oder der Export von Milchprodukten nach Afrika zeigt, wie eine falsche Handelspolitik Menschen im globalen Süden die Existenzgrundlagen nehmen kann. Wenn die Menschen nicht mehr von den Erträgen ihrer Felder leben können oder keinen Fisch mehr fangen können,

ist ihre Lebensgrundlage zerstört. Sie sind gezwungen sich neue Existenzgrundlagen zu suchen. Oft müssen sie dafür ihre Heimat verlassen.

Der Export von subventionierten Nahrungsmitteln aus Deutschland und der EU trägt zur Zerstörung lokaler landwirtschaftlicher Strukturen in vielen Ländern des globalen Südens bei. Um diesen Export zu ermöglichen, wird in Deutschland und der EU eine intensive Landwirtschaft betrieben, die die Artenvielfalt bedroht, das Grundwasser verunreinigt und die Bodenfruchtbarkeit aufs Spiel setzt. Eine naturverträgliche Landwirtschaft ist wiederum der Schlüssel für den Erhalt der biologischen Vielfalt, für sauberes Wasser und für die Zukunft der ländlichen Räume.

Klimaerwärmung vor allem durch die Industrieländer trifft die Menschen in den Ländern des globalen Südens – entweder durch Überschwemmungen oder durch die Ausbreitung von Wüsten. Die Menschen dort verlieren ihre Ackerflächen, müssen ihre Heimat verlassen, sind auf der Flucht, es entstehen soziale Spannungen und Auseinandersetzungen bis hin zu Bürgerkriegen.

Wer Fluchtursachen wirklich bekämpfen will, muss die klimafeindliche Lebens- und Produktionsweise im globalen Norden grundlegend ändern, mit der die ökologische Zerstörung von Lebensräumen im globalen Süden befördert wird.

Die deutschen Sojaimporte beanspruchten in Südamerika eine Landfläche von über 2 Millionen ha. Dabei handelt es sich vor allem um ehemalige tropische Regenwälder, deren Rodung das Klima schädigt. Die Sojaproduktion erfolgt dort nicht nachhaltig. Bei uns wird Soja als Eiweißfuttermittel in den Massentierställen verfüttert, dort wird u.a. Gülle produziert, die bei uns das Grundwasser und die Gewässer belasten, damit wir billiges Fleisch im Überfluss essen können, um anschließend ärztlich behandelt werden zu müssen.

Über Palmöl könnte die nächste Geschichte erzählt werden.....

Aus meiner Sicht zählen die Themen Klima und Landwirtschaft in Verknüpfung mit Fragen der globalen sozialen Gerechtigkeit und einem fairen Welthandel sowie in Verknüpfung mit der Frage der Fluchtursachen zu wichtigen Themen für den anstehenden Wahlkampf.

1 <https://web.archive.org/web/20170915181524/http://www.kein-tagebau.de/index.php/de/aktuell/321-die-koalition-der-wortbruechigen>

Die Koalition der Wortbrüchigen - Wie Brandenburgs Landesregierung sich vom Kohlekonzern ihr Klimaziel diktieren lässt

Pressemitteilung der Grünen Liga am 22.8.2017¹

Die rot-rote Landesregierung in Brandenburg hat ihr Klimaschutzziel 2014 im Koalitionsvertrag festgeschrieben – damit war der Rahmen für die schon damals geplante Überarbeitung der Energiestrategie des Landes vorgegeben. Im Juli 2017 wurde bekannt, dass dieses Ziel nun von 25 auf 41 Millionen Tonnen angehoben werden soll. Kaum, dass der Kohlekonzern LEAG den Wunsch geäußert hat, das älteste und dreckigste Lausitzer Kohlekraftwerk bis nach 2030 zu betreiben, plant die Landesregierung also den Bruch des Koalitionsvertrages zugunsten der Kohlelobby. Die Hintergründe dieses absurden Vorgangs haben wir in einem hier abrufbaren Infoblatt im Einzelnen dargestellt.

Braunkohleländer gegen EU-Schadstoffgrenzwerte

Am 17. August wurde im Amtsblatt der EU der „Durchführungsbeschluss (EU) 2017/1442 der Kommission über Schlussfolgerungen zu den besten verfügbaren Techniken (BVT) gemäß der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates für Großfeuerungsanlagen“ veröffentlicht. Hinter dem sperrigen Titel steckt eine deutliche Verschärfung der Grenzwerte insbesondere für Quecksilber und Stickoxide aus Kraftwerken, die dadurch nachgerüstet oder stillgelegt werden müssen. Insbesondere Braunkohlenkraftwerke können ab 2021 davon betroffen sein.

Wie gestern bekannt wurde, forderte der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich in einem Brief umgehend die Bundeswirtschaftsministerin auf, gegen die EU-Verordnung zu klagen. Auch im Namen der anderen Braunkohleländer wie Brandenburg und Nordrhein-Westfalen fordert er, sich nicht „auf Spielräume bei der nationalen Umsetzung zu verlassen“, sondern die ganze Verordnung zu Fall zu bringen. Die Bundesrepublik hatte am 28. April gegen die Verschärfung gestimmt, war aber überstimmt worden (siehe Rundbrief vom 18. Mai 2017²). Dass sie gegen die EU-Entscheidung klagt, ist dennoch unwahrscheinlich. Unbestätigten Berichten zufolge soll Finanzstaatssekretär Jens Spahn (CDU) bei seinem heutigen Lausitz-Besuch einer solchen Klage bereits eine Absage erteilt haben.

Kohle und Klimaschutz in Brandenburgs Koalitionsvertrag

Laut dem rot-roten Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode

„soll der Ausstoß von Kohlendioxid bis 2030 gegenüber dem Referenzjahr 1990 um 72 Prozent gesenkt werden. Damit setzen wir die Energiestrategie 2030 weiter um und tragen maßgeblich zur Erfüllung der energie- und klimapolitischen Ziele des Bundes bei.“

energiebedingte CO₂-Emissionen 1990	91 Mio. t
energiebedingte CO₂-Emissionen 2010	55,9 Mio. t
Maßnahme	Änderung gegenüber 2010 in Mio. t
Stilllegung des KW Jänschwalde	-23,5
Neubau CCS-KW am Standort Jänschwalde	0,8
Erneuerung und Teillastbetrieb KW Schwarze Pumpe	-3,9
Zubau von Gaskraftwerken	1,1
Umbau übrige Erzeugung (inkl. OPAL-Verdichterstation)	-0,8
Absenkung des Endenergieverbrauchs und Energiemixänderung	-5,9
Zusatzemission durch Flughafen BBI	1,4
energiebedingte CO₂-Emissionen 2030	25,0 Mio. t

Eine Senkung um 72% bedeutet noch maximal 25 Millionen Jahrestonnen energiebedingte CO₂-Emissionen im Jahr 2030. Derzeit stößt Brandenburg noch ca. 58 Mio. t aus, davon 35 – 36 Mio. t aus den zwei Braunkohlenkraftwerken Jänschwalde und Schwarze Pumpe. Da die Energiestrategie einen Kabinettsbeschluss darstellt, ist sie direkt dem Koalitionsvertrag verpflichtet.

² <https://web.archive.org/web/20170915181256/http://www.kein-tagebau.de/index.php/de/rundbriefe/309-rundbrief-vom-18-mai-2017>

³ Ableitung der Ziele für ein Leitszenario 2030 unter Berücksichtigung dynamischer Analysen http://www.energie.brandenburg.de/media/bb1.a.2865.de/Zahlen_Zielszenario.pdf



Einen vernünftigen Grund, das Ziel auf 41 Mio. t zu erhöhen, gibt es nicht. Bei dieser Zahl geht es offenbar nur um einen Weiterbetrieb des Kraftwerkes Jämschwalde bis nach 2030!

Das Kraftwerk Jämschwalde – die ewige Dreckschleuder?

Das Kraftwerk Jämschwalde gehört zu den klimaschädlichsten Kraftwerken Deutschlands und Europas.⁴ Im Jahr 2015 wurde zwischen Bundesregierung und Betreiber die Stilllegung der zwei neuesten Blöcke des Kraftwerkes Jämschwalde bis 2023 vereinbart.⁵ Die vier älteren Blöcke A bis D wären im Jahr 2030 schon zwischen 45 und 49 Jahre in Betrieb.

Was für ein Zufall: Die aktuelle Prognos-Studie der Landesregierung zur Fortschreibung der Energiestrategie kommt (im „Basisszenario“) mit einer europaweiten Kraftwerksmodellierung genau auf 16 Millionen Tonnen mehr als das bisherige Ziel. Vier Blöcke in Jämschwalde mit jeweils etwa 4 Millionen Jahrestonnen CO₂ ergeben genau dasselbe! Die wesentliche Ursache dieses Zufalls ist wohl die zu Grunde gelegte Annahme, dass Braunkohlenkraftwerke bis zum Alter von 50 Jahren betrieben werden.⁶ Diese Annahme ist völlig willkürlich, sie resultiert aus keinem Gesetz, keiner Strombedarfsprognose oder Wirtschaftlichkeitsberechnung. Und sie widerspricht allen früheren Aussagen zur Laufzeit des Kraftwerkes.

Brandenburgs bisheriges Klimaziel

Die Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg enthielt auch ein Ziel für den energiebedingten CO₂-Ausstoß im Jahr 2030. Es lag bei 22,8 Millionen Tonnen pro Jahr! Dieses Ziel wurde in der im Februar 2012 verabschiedeten Energiestrategie 2030 bereits auf 25 Millionen Tonnen abgeschwächt. Hintergrund waren neben dem Hauptstadtflughafen zwei geplante Gaskraftwerke in Premnitz und Wustermark, die aber kurz darauf von den Investoren abgesagt wurden. Die folgende Tabelle steht zwar eher versteckt im Internet, macht aber immerhin transparent, wie das Klimaziel zustande kam:

Herleitung des Ziels der Energiestrategie 2030 aus dem Jahr 2012³

Diese Zahlen zeigen: Wird - wie nun endgültig klar ist - kein CCS-Kraftwerk in Jämschwalde gebaut und bleibt es bei der Absage der hier noch mitgerechneten zwei Gaskraftwerksprojekte, müsste das Klimaschutzziel eigentlich um 1,9 Mio. t gesenkt werden! Oder das Ziel zur Energieeinsparung kann um bis zu 1,9 Mio. t verfehlt werden, ohne dass dadurch das Klimaschutzziel weiter aufgeweicht werden müsste.

Übrigens:

„Im Jahr 2020 kommt die Betrachtung der Stromerzeugung in Brandenburg an eine Schnittstelle, da etwa zu diesem Zeitpunkt das Kraftwerk Jämschwalde seinen Betrieb einstellen wird.“ („Gutachten zur Fortschreibung des Energiekonzeptes des Landes Brandenburg“, Prognos AG 2001, Seite 78)

4 1,169 Kg CO₂ pro Kilowattstunde Strom nach Öko-Institut (2017): Die deutsche Braunkohlenwirtschaft. Historische Entwicklungen, Ressourcen, Technik, wirtschaftliche Strukturen und Umweltauswirkungen.

5 Block F geht ab Herbst 2018, Block E ab Herbst 2019 in eine vierjährige „Kapazitätsreserve“, danach werden beide endgültig stillgelegt.

6 Evaluation und Weiterentwicklung des Leitszenarios sowie Abschätzung der Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte, Prognos 2017, S. 31

7 LEAG legt Revierkonzept für die Lausitz vor, Pressemitteilung vom 30. März 2017;

<https://web.archive.org/web/20170915180942/https://www.leag.de/de/news/details/leag-legt-revierkonzept-fuer-die-lausitz-vor/>

Auf Befehl der LEAG

Vermutlich wurden die Annahmen einfach so getroffen, dass sie zum Revierkonzept des Kohle Konzerns LEAG passen. Der Konzern behauptet nämlich seit März 2017 plötzlich, das Kraftwerk Jänschwalde bis nach 2030 zu betreiben:

„Das Unternehmen plane, den Tagebau Jänschwalde bis voraussichtlich 2023 planmäßig zu Ende führen. Das Kraftwerk Jänschwalde soll dann noch für einen Zeitraum von 8 bis 10 Jahren mit Kohle aus dem Süden des Reviers betrieben werden, um damit auch der Struktur- und Standortentwicklung einen längeren Planungshorizont zu geben.“⁷

Kein Unternehmen betreibt ein Kraftwerk aus Mitleid mit der Struktur- und Standortentwicklung etwa des Amtes Peitz. Im Klartext: Der wahre Grund für die behauptete Laufzeit wird verschwiegen.

Pokern auf Kosten der Region?

Ob die vier ältesten Jänschwalder Kraftwerksblöcke wirtschaftlich bis 2030 betrieben werden können, ist alles andere als sicher. Der technische Verschleiß ist hoch, die Gewinne gering. Nicht ausgeschlossen, dass die LEAG versucht, für die ohnehin geplante frühere Stilllegung des Kraftwerks von der Bundesregierung entschädigt zu werden. Dem Kohlerevier und den Beschäftigten könnte man dann den Klimaschutz als Schuldigen präsentieren, und der deutsche Steuerzahler würde den tschechischen Oligarchen angeblich entgangene Gewinne ersetzen. Dieses Geld kann dann natürlich nicht mehr in den Lausitzer Strukturwandel fließen. Und weil in Prag und Potsdam gepokert wird, könnten sich die Menschen vor Ort nicht rechtzeitig auf die Stilllegung vorbereiten.

Und für dieses schmutzige Spiel hätte eine rot-rote Landesregierung sogar ihren eigenen Koalitionsvertrag gebrochen.

Fordern Sie mit uns:

- ▶ **Keine Aufweichung des Brandenburger Klimaschutzzieles!**
- ▶ **Keine Laufzeitverlängerung für Uralt-Kraftwerke!**

Faktencheck

Um den Koalitionsvertrag zu brechen, werden merkwürdige Begründungen in der Presse und an der Basis der beteiligten Parteien verbreitet. Was ist dran?

Hat die bisherige Energiestrategie ihr Klimaziel vom CCS-Neubaukraftwerk in Jänschwalde abhängig gemacht?

Die Energiestrategie aus dem Jahr 2012 macht ihr Klimaziel eindeutig nicht vom Bau eines CCS-Kraftwerkes abhängig. Während das Ziel klar festgeschrieben wird, wurde die Notwendigkeit des Kraftwerks ausdrücklich offen gehalten:

„Ein gegebenenfalls erforderliches Nachfolgebraunkohlekraftwerk am Energiestandort Jänschwalde soll nicht ohne CCS-Technologie errichtet und betrieben werden.“⁸

Nicht zuletzt nennt auch der Koalitionsvertrag keine Bedingung für die eingangs zitierte Aussage.

Gibt es neue Erkenntnisse, die ein Abrücken vom Koalitionsvertrag rechtfertigen?

Dass für die Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (CCS) in Deutschland die Akzeptanz fehlt, war bereits bei Verabschiedung der Energiestrategie im Februar 2012 bekannt. Der Vattenfall-Konzern hatte seine geplante Demonstrationsanlage bereits 2011 abgesagt. Auch zusätzliche Emissionen durch den Hauptstadtflughafen waren 2012 bereits berücksichtigt.

Sollte sich der Energieverbrauch von Industrie und Verkehr nicht so stark wie geplant senken lassen, müsste erst einmal angegeben werden, wie viel CO₂ das entspräche. Das vorliegende Gutachten verschweigt diesen Wert aber. In jedem Fall liegt er weit unter der geplanten Anhebung des Klimaziels.⁹

8 Energiestrategie 2030, Februar 2012, S.43

http://www.energie.brandenburg.de/media/bb1.a.2865.de/Energiestrategie_2030.pdf

9 Die groben Dimensionen zeigt Prognos 2017 in Abbildung 25 auf S. 41 („Gutachten zur Fortschreibung des Energiekonzeptes des Landes Brandenburg“, Prognos AG 2001, Seite 78)

10 Energie- und CO₂-Bilanz im Land Brandenburg 2014, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2017: Bruttostromerzeugung S. 14, Stromverbrauch S. 20

https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/publikationen/stat_berichte/2017/SB_E04-04-00_2014j01_BB.pdf

11 Energie- und CO₂-Bilanz im Land Brandenburg 2014, S. 12f.

Haben die Gutachter von Prognos empfohlen, das Klimaziel aufzuweichen?

Im Prognos-Gutachten zur Fortschreibung der Energiestrategie kommt das sogenannte „Basiszenario“ auf 4,1 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß im Jahr 2030. Dessen Annahmen entstammen aber Vorgaben des Auftraggebers, also der Landesregierung. An keiner Stelle empfehlen die Prognos-Gutachter die Annahmen zur Braunkohleverstromung im Basiszenario als Grundlage für die Politik des Landes zu nehmen. Stattdessen warnen sie deutlich: „Die bisher geltenden Klimaziele Deutschlands werden verfehlt.“ (S. 30)

Hat sich der Bund nicht auch nur minus 55% bis 2030 vorgenommen?

Der eben zitierte Satz sagt eigentlich schon alles. Der 2016 von der Bundesregierung beschlossene Klimaschutzplan hat das 2030-Ziel auf die Sektoren aufgeschlüsselt. Die dabei für die Energiewirtschaft festgelegten 175 – 183 Mio. Tonnen sind nur erreichbar, wenn die Kohleverstromung etwa halbiert wird. In Ländern mit Braunkohlenkraftwerken müssen die

Reduktionen deshalb stärker ausfallen als im Bundesdurchschnitt.

Wäre Brandenburg ohne Aufweichung des Klimazieles kein Stromexporteur mehr?

Brandenburg bleibt auch ohne das Kraftwerk Jänschwalde eindeutig Stromexporteur. Dabei kommt es gar nicht darauf an, wie viel Erneuerbare Energien künftig noch ausgebaut und wie viel Strom noch eingespart wird: Schon 2014 stand der Bruttostromerzeugung von 54,4 Terawattstunden (TWh) ein Verbrauch von 16,3 TWh gegenüber¹⁰. Das Kraftwerk Jänschwalde produzierte in diesem Jahr mit etwa 21 TWh sogar besonders viel Strom, es blieben trotzdem 17,1 TWh übrig. Damit hat Brandenburg 2014 sogar ohne beide Braunkohlenkraftwerke (Jänschwalde und Schwarze Pumpe) mehr Strom erzeugt als verbraucht.¹¹

„Energieexporteur“ ist Brandenburg entgegen manchen Behauptungen bisher ohnehin nicht: In die Raffinerien fließt in Form von Öl mehr Energie, als das Land auf anderen Wegen (Strom u.a.) wieder verlässt.

Ein Konzern kann nicht Taktgeber der Energiepolitik sein

Von Eva Bulling-Schröter, MdB



Das Primat der Politik muss auch und gerade im Klimaschutz gelten. Geht es doch um nicht weniger als die Zukunft unseres Planeten. Doch in der hieszulande dafür zentralen Frage des Kohleausstiegs läuft in Bund und Ländern einiges schief. Weil die Bundesregierung den Kohleausstieg sträf-

lich verschleppt, lassen sich nun Landesregierungen von Kohlekonzernen dazu drängen, eigene Klimaziele zu revidieren. So will Schwarz-Gelb in NRW das Landes-Klimaschutzgesetz kippen. Das Rot-Rot regierte Brandenburg wiederum hat – unter anderem mit Verweis auf fehlende Rahmenbedingungen für den Strukturwandel auf Bundesebene – angekündigt, das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel von 72 Prozent CO₂-Minderung bis 2030 gegenüber 1990 abzusenken. Bis 2020 würde Brandenburg aber zumindest eines der wenigen Länder sein, die das bundesweite Minderungsziel von 40 Prozent Klimagasen erfüllen, ist

in einem Vermerk zum Thema zu lesen, den Spitzen aus der LINKEN Landtagsfraktion unterschrieben haben. Bis 2030 wären 60 Prozent möglich – und damit sogar die Ziel-Marke des LINKEN Bundestagswahlprogrammes. Mehr wäre realistischer Weise nicht drin, so das Papier. Vor allem, weil ein geplanter Kraftwerk ersatz in Jänschwalde mit CCS-Technologie (zur umstrittenen Verpressung von Kraftwerksemissionen im Untergrund) von der Bevölkerung abgelehnt werde. Das alte Braunkohlekraftwerk würde darum nach dem Jahr 2023 gemäß des Revierkonzeptes des Vattenfall-Nachfolgers LEAG noch weitere „acht bis zehn Jahre“ laufen – mit entsprechenden Mehremissionen. Ähnlich argumentierte zuvor Koalitionspartner SPD, um das geplanten Zurechtstutzen der Klimaziele zu rechtfertigen.

Doch wie stichhaltig sind die Argumente? Und wer folgt hier wem?

Zunächst sollten umweltbewegte KritikerInnen fairerweise anerkennen, dass Brandenburg bundesweit einen Spitzenplatz bei der Erzeugung Erneuerbarer Energien einnimmt. Auch angesichts einer wachsenden Zahl von Anti-Windkraftinitiativen zeugt das von Standvermögen

im Sinne der Energiewende. Zudem droht aus Sicht vieler Menschen in den Kohlerevieren mit dem Wandel eine zweite De-Industrialisierungswelle. Gerade für Parteien wie SPD und LINKE ein Problem, das nicht ernst genug genommen werden kann.

Dennoch ist mir unverständlich, warum meine Genossinnen in Brandenburg gegenüber der SPD nicht die bestehenden ambitionierten Minderungsziele des Koalitionsvertrags verteidigen. Denn das Revierkonzept eines Konzerns ist schließlich nicht gottgegeben, es kann nicht Taktgeber für die Energiepolitik einer Landesregierung sein. Schon gar nicht angesichts des galoppierenden Klimawandels, der im Übrigen auch hauptverantwortlich für die Vernichtung großer Teile der diesjährigen erdrossenen Ernte in Brandenburg sein dürfte.

Uraltmeiler muss vom Netz

Ist ein Kraftwerksbetreiber nicht in der Lage, seine CO₂-Emissionen im Rahmen der politisch vorgegebenen Ziele zu begrenzen, muss das Konsequenzen für den Betrieb der Anlagen haben. Natürlich kann Potsdam nach Rechtslage das Kraftwerk Jänschwalde nicht par ordre de mufti dicht machen - hier ist vielmehr die Bundesebene gefragt. Absehbar ist aber, dass nach der Bundestagswahl eine neue Regierung wirksame Schritte unternehmen wird, um wenigstens die ältesten Kohle-Blöcke zügig vom Netz zu nehmen. Dafür spricht nicht nur, dass Deutschland ansonsten sämtliche nationale Klimaschutzziele meilenweit reißt. Dafür sprechen auch die seit Jahren anwachsenden nationalen Stromüberschüsse, welche die Stromkonzerne gewinnbringend in die Nachbarländer verkaufen und die Netze belasten, die für Ökostrom gebraucht würden. Angesichts der Tatsache, dass Jänschwalde nicht nur zu den vier CO₂-emissionsstärksten Kraftwerken Europas gehört, sondern auf der Liste der „gesundheitsschädlichsten Kohlekraftwerke Deutschlands“ gar auf Platz Eins rangiert, dürfte klar sein, wohin die Reise für die Uraltmeiler geht.

Umso seltsamer das Gebaren in Potsdam. Anstatt sich auf die neue Entwicklung einzustellen, die just auch aus Europa in Form von strengeren Quecksilber- und Stickoxid-Grenzwerten für Kraftwerke durchbricht, wird die alte Welt verteidigt. Gegen die neue EU-Gesetzgebung soll Wirtschaftsministerin Zypries nach dem Willen der Braunkohleregionen sogar klagen. Das alles ist ein Trauerspiel, ein falsches Signal für Beschäftigte und Regionen.

Brandenburg ist in der Pflicht

Überdies ignoriert der relativierende Verweis Brandenburgs auf zukünftigen Klimaschutz „zumindest im Bundesdurchschnitt“ die Mechanik der gesamtstaatlichen Zielstellungen: In denen ist natürlich eingepreist, dass die besonders emissionsstarken Braunkohleregionen deutlich mehr CO₂-Minderungen bringen müssen als andere Bundesländer. Denn der „Brennstoffwechsel“ von Braunkohle zu Sonne und Wind spart im besonders relevanten Stromsektor hohe Mengen CO₂ ein. Beim Wechsel von Atomstrom zu Erneuerbaren oder Gas ist das unmöglich. Diese Mechanik wurde schon seinerzeit von Rot-Grün im Braunkohleland NRW missachtet, wo das 2020-Minderungsziel sogar 15 Prozent unter dem Bundesziel festgesetzt wurde. So schlimm kommt es in Brandenburg zwar nicht, aber das bundesweite CO₂-Ziel wird nun auch aus der Lausitz gefährdet.

Nicht zuletzt: Die Entwicklung in den Kohleländern wird aus Berlin getriggert. Die Bundesregierung hat sich wegen der anstehenden Bundestagswahl stur geweigert, einen schrittweisen Kohleausstieg einzuleiten und sozial- sowie strukturpolitisch ernsthaft zu begleiten. Ex-Wirtschaftsminister Gabriel wollte über einem möglichen Ausstiegspfad erst irgendwann in den zwanziger Jahren reden. Im Klimaschutzplan 2050 wird das Thema „Einstieg in den Ausstieg“ komplett umgangen. Von den homöopathischen Dosen, die an Bundesmitteln für den Strukturwandel in den Kohleregionen bereitgestellt werden, ist bislang so gut wie nichts ausgezahlt worden. Weil Berlin es sich nicht mit RWE, Vattenfall, LEAG und Co. verscherzen will, lässt es die Kohleländer allein im Regen stehen - und so auch die Kumpels mit ihren Familien. Kein Wunder, dass jene Bundesländer, die unmittelbar mit den Folgen des dennoch unausweichlichen Kohleausstiegs umgehen müssen, nun zögern.

DIE LINKE auf Bundesebene fordert, den Kohleausstieg unverzüglich zu beginnen und den letzten Meiler spätestens 2035 abzuschalten. Ein Kernbestandteil eines Ausstiegsgesetzes müssen ein Strukturwandel-fonds in Höhe von 250 Mio. Euro jährlich für die betroffenen Reviere sowie großzügige Umschulungs- und Vorruhestandsregeln sein. Das alles wird nicht alle Probleme lösen. Aber abwarten und die Augen verschließen wird noch teurer werden - für die betroffenen Menschen in der Lausitz genauso wie für den Kampf gegen den Klimawandel.

Quelle: <https://background.tagesspiegel.de/>

DIE LINKE bleibt dabei:

Deutschland braucht einen zügigen, sozialverträglichen und planbaren Ausstieg aus der Braunkohleverstromung

Kipping, Riexinger, Görke

Zur aktuellen Debatte um den Klimaschutz stellen die Vorsitzenden der LINKEN im Bund und in Brandenburg, Katja Kipping, Bernd Riexinger und Christian Görke klar:

Die LINKE engagiert sich seit Jahren für eine Energiepolitik, die Klima- und Verbraucherschutz beinhaltet. Mit der LINKEN gibt es kein Zurück beim Klimaschutz. Die im Brandenburger Koalitionsvertrag vereinbarten Zielstellungen bestimmen unser Handeln. Gleichzeitig betonen wir noch einmal: weder Landesvorstand noch Landtagsfraktion haben davon abweichende Beschlüsse gefasst. Die Diskussion, wie die vereinbarten Ziele erreicht werden können, ist notwendig und sinnvoll und dafür werden wir uns die Zeit nehmen, die notwendig ist. Sie werden unter Einbeziehung aller Akteurinnen und Akteure geführt.

Ausgangspunkt und Grundlage für die Diskussion ist unsere Überzeugung, dass Deutschland einen zügigen,

sozialverträglichen und planbaren Ausstieg aus der Braunkohleverstromung braucht, um seine Klimaschutzziele zu erreichen und damit auch Vorbild bei den weltweiten Klimaverhandlungen sein zu können. Das heißt, dass Deutschland bei der Neufestlegung der EU-Klimaschutz- und =Energieziele für 2030 nur dann im Interesse des Klimaschutzes wirksam werden kann, wenn es selbst eine Minderung der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 1990 um 60 Prozent erreicht, wie wir es in unserem Wahlprogramm fordern. Leider wird die Bundesregierung - anders als Brandenburg, das zusätzlich führend im Bereich der erneuerbaren Energien ist - schon die diesbezügliche Zielsetzung für 2020 verfehlen und es ist nicht absehbar, dass sich dies bei einer Fortsetzung der Kanzlerschaft Angela Merkels, gleich in welcher Konstellation, ändern wird.

24. August 2017

Vandana Shiva:

„Gewaltfreiheit erzeugt einen widerstandsfähigen Geist“



Die Aktivistin Vandana Shiva lancierte während der Konferenz „Il veleno alle porte“ („Das Gift vor den Toren“) am 10. Juli in Rom, Italien, eine starke und hoffnungsvolle

Nachricht. Nach Angaben der Wissenschaftlerin werden 70% aller weltweit konsumierten Lebensmittel noch von kleinen oder mittelgroßen Landwirten erzeugt. Doch multinationale Unternehmen der Lebensmittelindustrie, die Produkte geringer Qualität verkaufen, die oft auch noch mit Pestiziden verseucht sind, versuchen diese Kleinbauern zu verdrängen.

Multinationale Unternehmen und ihre Giftkartelle manipulieren das System wie Puppenspieler und drängen zu Freihandelsabkommen wie CETA. Dank der Unterstützung von einflussreichen Klassen und Politikern riskieren wir die Erschöpfung der begrenzten Ressourcen unseres Planeten, Auswirkungen auf Biodiversität und die Umwelt, Arbeitsplatzverluste und schwerwiegende Gesundheitsbedenken für die Bevölkerung.

Seit Jahren bereits klagt Vandana Shiva das neoliberale Modell an, das die aktuelle Schere zwischen dem 1%, das die Hälfte des Reichtums der verbleibenden 99% besitzt und kontrolliert, geschaffen hat.

Als Lösung befürwortet die indische Aktivistin eine „grüne Revolution“, die gesunde und nachhaltige Landwirtschaft fördert. Es ist die einzige Art von Landwirtschaft, die die Ressourcen der Erde sowohl respektiert als auch schützen kann und zudem das Überleben der Kleinbauern sichert. Aber damit das Wirklichkeit wird, müssen die 99% aufwachen und ein Bewusstsein für das Thema entwickeln.

Wie sie im Videointerview mit Pressenza¹ vor einigen Tagen sagte: „*Es gibt nur eine Menschheit und nur einen Planeten.*“

Im Folgenden die Übersetzung des Videointerviews:

„Die Globalisierung, die von großen Unternehmen vorangetrieben wird, ist einer der Hauptgründe für Armut. Denn Armut bedeutet nicht nur, kein Geld zu haben. Es bedeutet auch, den Menschen ihr Land wegzunehmen. Der größte Landraub unserer Zeit fand in den letzten 20 Jahren der Globalisierung statt. Das ist Armut, Armut an Wasser, Armut an Lebensmitteln, Armut an Existenzgrundlagen. Globalisierung ist genau darauf ausgerichtet. Und die Globalisierer sprechen genau diese Sprache: es ist in Ordnung, wenn kleine Landwirte verschwinden. Das ist so gewollt. Denn sie brauchen einen Markt für ihre gigantischen Maschinen und massiven Pestizideinsatz. Sie wollen eine Landwirtschaft, die wie Krieg ist, die vom Krieg kommt und die wie Krieg aussehen wird.



Anwendung von Glyphosat

Wenn wir das 1% nicht stoppen, das in 20 Jahren Deregulierung entstanden ist, in 20 Jahren Ökonomisierung, in denen sie alles unter ihre Kontrolle gebracht und in spekulative Finanzgeschäfte verwandelt haben, in denen Unternehmen und Investmentfonds, die vorher 50 Milliarden wert waren, jetzt 4 Billionen wert sind, und ihnen gehören alle Unternehmen – die Unternehmen gehören den Milliardären. Den 8 Milliardären, denen die Hälfte des Reichtums der Erde gehört. Sie scheren sich um nichts, zum einen, weil sie dumm sind und meinen, sie können auf den Mars auswandern, wenn unser Planet kaputt ist, und zum anderen, weil sie auf der Basis arbeiten, dass die 99% entbehrlich und austauschbar sind. Wenn sie also weitermachen, wird es keine Zukunft für die Menschheit auf der Erde geben. Und deshalb müssen die 99% aufwachen,

aufstehen und sich bewusst werden, dass dieser Krieg gegen den Planeten enden muss.

Es ist der Krieg gegen den Planeten, der auch Krieg zwischen den Menschen hervorruft. Tatsächlich ist die Flüchtlingskrise eine Folge von Landzerstörung und Ausweitung der Wüsten, wachsender Wassermangel in Syrien oder am Tschad-See in Nigeria, und je mehr die Austrocknung voranschreitet, desto mehr trocknet auch die Wirtschaft in diesen Gegenden aus.

Wir müssen uns daran erinnern: wir sind eine Menschheit auf einem Planeten. Und das ist, wo wir gemeinsame Lösungen finden werden.

Der Grund, warum wir Freihandelsabkommen wie CETA stoppen müssen, ist, dass wir gesehen haben, was 20 Jahre Globalisierung nach Regeln, die von den Unternehmen geschrieben wurden, angerichtet haben, was sie dem Planeten angetan haben und was sie den Menschen angetan haben. Indien hat 300.000 Landwirte an den Selbstmord verloren, weil diese Unternehmen glaubten, es wäre ihr Recht, Saatgut zu unbezahlbaren Preisen zu verkaufen. Es wird Demokratie in jedem Land zerstören, weil es kurz gesagt den Verfassungen und den Menschen das Recht zu entscheiden wegnimmt und es in die Hände von anonymen Handelsvertretern legt, die diese Unternehmen repräsentieren.

Ich glaube, das ganze Problem, dem wir gegenüberstehen, basiert auf Gewalt im Denken, auf der Idee, die ganze Welt auf eine militärische Art zu betrachten, gegen die Natur zu kämpfen, gegen Pflanzen zu kämpfen und deshalb Herbizide wie Glyphosat zu brauchen. Gegen anderen Kulturen zu kämpfen... Wir müssen verstehen, dass wir von Natur aus verschieden sind und dass die Beziehungen innerhalb dieser Verschiedenheit gewaltfrei sind. Wir müssen Landwirtschaft ohne chemische Kriegsführung betreiben, wir brauchen eine gewaltfreie Landwirtschaft. Gewaltfreiheit ist meiner Meinung nach stärker als Gewalt. Sie ist stärker, weil sie die Widerstandskraft des Geistes wachsen lässt. Und keine Macht der Welt kann den Geist besiegen.“

Artikel, Interview & Video von Dario Lo Scalzo

Übersetzung aus dem Englischen von Evelyn Rottengatter

Quelle:

PRESSENZA – Eine internationale Nachrichtenagentur
<https://www.pressenza.com/de/2017/07/vandana-shiva-gewaltfreiheit-erzeugt-einen-widerstandsfahigen-geist/>

¹ <https://youtu.be/D49lauN0dBs>

Es waren nur Regentropfen

die da vom Himmel fielen – massenhaft, als „Starkregen“ bezeichnet, geschüttet wie aus Wassertonnen, tagelang, nächtelang. Flüsse durchziehen das Land, sie sammeln das Regenwasser, das die Wiesen und Wälder nicht aufnehmen können und tragen es zum Meer. Diesmal sind sie übergelaufen, haben Städte, Dörfer und Felder überflutet, Existenzen vernichtet. Sind die Flüsse schuld am Hochwasser?

Flüsse sind lebendige Naturwesen. Ein Fluss schafft sich sein Bett selbst, dort, wo es ihm am bequemsten ist. Wenn der Regen seinen Pegel steigen lässt, dann donnert er durch die schmalen Felsschluchten in rasendem Gefälle, doch in der Ebene schwemmt er über die Ufer, wird langsamer und düngt das Land mit Mineralien aus dem Gebirge und den Pflanzenresten von seinem Grund und den Ufern.

Flüsse sind die Freunde der Menschen. An ihre Ufer bauten sie ihre ersten Siedlungen und auch die modernen Großstädte liegen an Strömen. Doch seit die

Menschen sich zivilisiert und die Natur diszipliniert haben, verbauen sie den Flüssen ihre natürlichen Betten so, wie es den Menschen genehm ist und machen sich damit die Flüsse zum Feind. Die alten Ägypter waren gescheiter als die Menschen heute, da sie die Überschwemmungen des Nil nicht als „Katastrophe“, sondern als Geschenk annahmen.

Von den Maßnahmen zum Hochwasserschutz, die nach den Überflutungen Anfang dieses Jahrhunderts beschlossen wurden, waren bis jetzt vor allem jene realisiert worden, die die Flussbetten weiter einengen und nicht jene, die den Flüssen ihre natürlichen Räume wieder zurückgeben sollten. Dieses ist natürlich viel schwieriger, denn es verlangt den Rückbau von manchen Siedlungen, Gewerbestätten und Straßen – doch wenn die Menschen nicht lernen, die Gesetze der Natur zu achten, werden sie von diesen überrollt werden.

Eva Lehmann



Die Mythen der Krise

von Tomasz Konicz

Wenn es schwierig wird, klingen die einfachen Erklärungen verlockend. Je einfacher, desto besser, denn dann besteht Hoffnung, schnell wieder auf die Beine zu kommen.

Finanzkrise, raffgierige Banker, ökologische Wende – Tomasz Konicz erklärt, warum das alles Quatsch ist.

Mythos I: Das sind die Schuldigen

Seit der Finanzmarktkrise 2007/08 wird von und in der Öffentlichkeit Schuld verteilt und werden Sündenböcke gesucht. Raffgierige Banker, korrupte Südländer, illegale Migranten, Nieten in Nadelstreifen oder faule Arbeitslose: Irgendwer muss mit seinem Fehlverhalten,

mit Faulheit, Gier oder Korruption die sozioökonomischen Verwerfungen der letzten Jahre doch ausgelöst haben. Populistische Bewegungen in den USA und Europa fachen diese Personifizierung der Krisenursachen immer weiter an.

Jedoch:

Niemand trägt die Schuld an der Krise. Es gibt sie, weil die Marktsubjekte genau das immer effizienter tun, was das System von ihnen verlangt: uferlose Kapitalakkumulation, also dessen Anhäufung und Reinvestition. Je effektiver dafür Lohnarbeit verwertet wird, desto größer der Druck, umso stärker zieht sich die Schlinge um den Hals aller Marktsubjekte zu.

Das ist nur scheinbar absurd. Der zentrale Widerspruch des Kapitalverhältnisses besteht darin, dass es danach trachtet, die Warenproduktion zu rationalisieren, also immer effizienter zu organisieren – damit entledigt es sich seiner eigenen Substanz, eben der Lohnarbeit. Alle Marktsubjekte streben danach, mit neuen Produktionsverfahren und Techniken Konkurrenzvorteile zu erlangen. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene führt dies zum Arbeitsplatzabbau in etablierten Industriezweigen. So tritt dieser innere Widerspruch des Kapitals nach außen als eine Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft zutage. Es sei denn, es gelingt, in neuen Industriezweigen Arbeitsplätze zu schaffen, um den Abbau in alten Industrien auszugleichen. Dieser industrielle Strukturwandel scheiterte in den 1980er Jahren mit der digitalen Revolution.

Doch auch wenn niemand »Schuld« trägt an der Systemkrise, deren Dynamik sich quasi »hinter dem Rücken der Produzenten« (Marx) entfaltet, heißt das noch lange nicht, dass im Kapitalismus niemand schuldig würde. Denn weil das System funktioniert – die marktvermittelte Unterdrückung, Ausbeutung und Ideologieproduktion –, laden all die Individuen Schuld auf sich, die als »Charaktermasken« (Marx) in ihrer jeweiligen kapitalistischen Rolle die Systemzwänge bewusst exekutieren. Mehr noch: In Wechselwirkung mit der Krisendynamik werden Ausbeutung, Unterdrückung und Lügenproduktion des Systems ins Absurde gesteigert.

Mythos II: Wir haben es mit einer Finanzkrise zu tun

Der Krisenprozess kam zuerst in der Finanzsphäre zum Ausdruck, als 2007 die Immobilienblasen in den USA und Westeuropa zu platzen begannen. Deshalb verfestigte sich in der Öffentlichkeit die irrige Ansicht, es handle sich um eine Finanzkrise, die mit Spekulationsexzessen die sogenannte reale, also Waren produzierende Wirtschaft in den Abgrund zöge.

In Wahrheit verhält es sich genau umgekehrt. Der aufgeblähte Finanzsektor hält die krisengeschüttelte reale Wirtschaft überhaupt am Leben. Dies tut er mit der wichtigsten Ware, die in der Finanzsphäre produziert wird: dem Kredit. Das von wuchernden Schuldenbergen gekennzeichnete Weltsystem läuft auf Pump: Der Finanzsektor schafft die kreditfinanzierte Nachfrage, die es einer äußerst produktiven Realwirtschaft ermöglicht, ihre Warenberge überhaupt noch abzusetzen. Die Absurdität der Systemkrise tritt voll zutage: Die



Je weniger Arbeit in einer Ware steckt, desto niedriger ihr Wert. Dieser Range Rover könnte also ein Wertproblem haben.

Industrie produziert immer mehr Waren mit immer weniger Arbeitskräften in immer kürzerer Zeit und kann diese nur noch absetzen, weil der Finanzsektor abartig hohe Schulden produziert.

Deswegen steigt im Spätkapitalismus die Verschuldung von Privatpersonen und Staaten – allen politischen Sparversprechen zum Trotz – sehr viel schneller an als die Wirtschaftsleistung. Ende 2014 entsprach der globale staatliche Schuldenberg rund 286 Prozent der Weltwirtschaftsleistung, während es 2007 »nur« 269 Prozent, und 2000 erst 246 Prozent waren.

Mythos III: Die Krise brach mit dem Finanzkrach von 2007 aus

Bei der gegenwärtigen Systemkrise handelt es sich nicht um ein punktuelles, kurzfristiges Ereignis, sondern um einen langfristigen, historischen Prozess, der sich schubweise von der Peripherie in die Zentren des kapitalistischen Weltsystems frisst.

Der Durchbruch des finanzmarktgetriebenen Neoliberalismus in den 1980er Jahren war eine Reaktion des Systems auf die Krise der Warenproduktion; diese zeichnete sich bereits in den 1970er Jahren deutlich ab, als der Nachkriegsboom, also die Wirtschaftswunderzeit, auslief. Erst die Wirtschaftskrise in den 1970er Jahren, die mit häufigen Rezessionen, ausartender Inflation und Massenarbeitslosigkeit einherging, ermöglichte den Durchmarsch der neoliberalen Ideologie ab den 1980ern.

Vereinfacht gesagt: Es gibt die Krise, weil der industrielle Strukturwandel gescheitert ist. Der Nachkriegsboom lief aus, doch es entstand kein neues gleichwertiges Akkumulationsregime, das die freiwerdenden Arbeitskräfte in gleichem Umfang in der Warenproduktion verwertete. Deshalb kehrte ab den späten

1970ern die Massenarbeitslosigkeit in die kapitalistischen Kernländer zurück. Der Finanzsektor stieg auf und schuf jene Nachfrage und Investitionsmöglichkeiten, die der realen Wirtschaft zunehmend abhanden kamen. Ein Aufstieg, der jedoch von immer größeren Spekulationsblasen (Dotcom-Blase, Immobilienblase, gegenwärtige Liquiditätsblase) begleitet wird.

Dabei zerbrachen und zerbrechen in der Krise zuerst die schwächsten Kettenglieder des Weltsystems. Mit der Schuldenkrise der Dritten Welt in den 1980er Jahren und den sozioökonomischen Zusammenbrüchen in den 1990ern hat sich die Krise bereits in weiten Teilen der Peripherie bis zum barbarischen Endprodukt entfaltet. Die von gescheiterten Staaten (»Failed States«), irren Selbstmordsekten und brutalen Diktaturen gekennzeichnete Peripherie erlaubt somit den Zentren bereits einen Blick in die Zukunft: nämlich auf die weitere Entfaltung der Krise, die sich irgendwo zwischen »Mad Max« und »1984« abspielen dürfte.

Mythos IV: Die Politik hat die Krise längst gemeistert

Seit dem Krisenschub von 2007/08, der auch viele Zentren des Weltsystems voll traf, tobt in der Öffentlichkeit ein steter Kampf um die richtige Krisenpolitik. Grob betrachtet stehen sich zwei Lager gegenüber: Die neoliberalen Verfechter strikter Haushaltsdisziplin wollen die Krise mit drakonischen Sparprogrammen überwinden, um so die globalen Schuldenberge abzubauen. Ihre keynesianischen Gegenspieler plädieren hingegen für eine lockere Geldpolitik sowie für umfassende Konjunkturprogramme. Die Keynesianer werfen den Neoliberalen vor, mittels Monetarismus und Spardiktat viele Krisenländer in den sozioökonomischen Kollaps zu treiben, während die Neoliberalen davor warnen, dass kreditfinanzierte Konjunkturpolitik nur ein konjunkturelles Strohfeuer entfacht und die Schuldenlast des Staates vergrößert.

Das Problem besteht darin, dass beide Seiten mit ihren Diagnosen am kapitalistischen Krankenbett durchaus recht haben – ihre Therapien jedoch beide logischerweise scheitern müssen. Konjunkturprogramme verpuffen nach kurzer Zeit, während rabiate Sparprogramme zu verheerenden Wirtschaftseinbrüchen führen. Siehe Griechenland: Bundesfinanzminister Schäubles Sparpolitik hat das geschundene Mittelmeerland buchstäblich an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs getrieben, während seine Verschuldung in Relation zum schwindsüchtigen

Bruttoinlandsprodukt (BIP) höher ist als vor dem akuten Krisenausbruch.

Aus dieser Falle, in der sich die kapitalistische Politik befindet, gibt es kein Entrinnen, da die Krise systemimmanent nicht überwunden werden kann. Sie kann nur jenseits der jetzigen Form der Kapitalverwertung gelöst werden. Systemimmanent ist nur eine Politik möglich, welche die Verschuldungsdynamik (privat wie staatlich) aufrechterhält, um so wirtschaftliche und soziale Einbrüche zu verhindern und die Agonie des Spätkapitalismus hinauszuschieben.

Mythos V: Am deutschen Export-Wesen wird Europa genesen

In der erodierenden Eurozone überlagern zusätzlich nationale Staatsinteressen den Streit um die Krisenpolitik. Es gelang Deutschland, mit einer Politik des rigiden Sparens, des Lohnkahlchlags und der Deflation die Last der Krise einseitig der krisengeschüttelten südlichen Peripherie aufzubürden. Die deutsche Krisenideologie sieht in der Exportwirtschaft den Schlüssel zur Überwindung der Krise. Die Eurozone soll nach deutschem Ebenbild international konkurrenzfähig gemacht werden, um mit einer starken Ausrichtung auf den Export wieder auf den Wohlstands- und Wachstumspfad zurückzukehren.

Dabei wird übersehen, dass die Handelsüberschüsse einer exportfixierten Volkswirtschaft logischerweise den Defiziten der Importländer entsprechen. Global handelt es sich um ein Nullsummenspiel. Werden alle weltweiten Überschüsse und Defizite miteinander verrechnet, ergibt dies immer null Euro. Handelsüberschüsse stellen also einen Schuldenexport dar. Damit beruht auch Deutschlands exportfixiertes Wirtschaftsmodell auf Schulden, nur werden diese vermittels der Handelsüberschüsse (inzwischen neun Prozent des BIP) exportiert – was die deutschlandweite Empörung über die Schulden der Anderen vollends ins Absurde führt.

Mythos VI: Alles nur eine Frage der Verteilung

Die ins Absurde gesteigerte Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, die mit der neoliberalen Wende einsetzte, lässt den Eindruck aufkommen, als handle es sich bei der gegenwärtigen Krise um eine reine Verteilungsfrage. Die Reichen müssten nur stärker zur Kasse gebeten, die Massennachfrage müsse ordentlich gesteigert werden, um den Kapitalismus wieder in eine Prosperitätsperiode ähnlich der des Nachkriegsbooms zu führen.

Diese oftmals von linken Keynesianern propagierte Krisenpolitik ignoriert den inneren Antrieb der kapitalistischen »Volkswirtschaft«, bei der es gerade nicht um die Befriedigung von Bedürfnissen geht, sondern um die Erzielung höchstmöglicher Profite, also um die Verwertung des Werts als irrationalen Selbstzweck, der mit rationalen Mitteln verfolgt wird.

Überdies handelt es sich bei den Fantastzillionen, die im Finanzsektor umher schwirren, größtenteils um fiktives Kapital, das nicht durch Verwertung von Lohnarbeit, sondern allein durch die bloße Vermehrung von Wertpapiertiteln in der Finanzsphäre generiert wurde. Überdeutlich wurde dies, als 2007 die Immobilienblasen platzten: Mit realen Hypotheken hatte die Finanzbranche einen Boom neuer »innovativer Finanzprodukte« wie Hypothekenversicherungen entfacht, die auf den sich explosiv ausweitenden Finanzmärkten gehandelt wurden – und die jetzt als Finanzmarkt-schrott die Bilanzen von Notenbanken belasten. Ein Anzapfen dieses »Reichtums« käme schlicht einem Entwertungsschub gleich – einer Inflationswelle.

Mythos VII: Ökologie und Ökonomie sind in der Krise nicht vereinbar

Mit zunehmender Krisenintensität greift ein kruder, rückwärtsgewandter Industrialismus um sich, der eine Reindustrialisierung predigt und die ökologische Krise entweder gänzlich leugnet oder verharmlost. Dabei sind die um sich greifende Klimakrise und die offensichtlichen systemischen Verwerfungen in der Wirtschaft nur zwei Seiten einer Medaille. Ökologie und Ökonomie sind durch den Krisenprozess miteinander verwoben. Da die Lohnarbeit die Substanz des Kapitals bildet, führt ökonomische Rationalisierung zu verheerenden ökologischen Schäden.

Denn generell gilt: Je höher die Produktivität der globalen spätkapitalistischen Verwertungsmaschine, desto größer ihr Ressourcen hunger. Waren werden im Kapitalismus nicht primär zur Bedürfnisbefriedigung, sondern als Mittel zum Selbstzweck uferloser Kapitalakkumulation gefertigt, die aber wiederum nur vermittelt der Verwertung von Lohnarbeit möglich ist. Je weiter konkurrenzvermittelte Produktivitätssteigerungen getrieben werden, desto niedriger ist das Quantum der in einer Ware verdinglichten Arbeit und desto niedriger ist ihr Wert. Bei einer Steigerung der Produktivität in der Autoproduktion um beispielsweise zehn Prozent muss somit der Autoausstoß um zehn Prozent erhöht werden, um dieselbe Masse an Kapital

zu verwerten und Massenentlassungen zu vermeiden. Die zunehmenden Tendenzen zur geplanten Obsoleszenz (absichtliche Verringerung der Lebensdauer von Produkten) in der Warenproduktion haben in dieser absurden Krisendynamik ihre Ursache.

Mythos VIII: Eine ökologische Wende kann helfen, die Krise zu überwinden

Im Umfeld der Ökobewegung hat sich wiederum die Idee festgesetzt, dass eine umfassende ökologische Erneuerung des Kapitalismus aus der Krise führen könne. Ausgehend von der richtigen Diagnose, dass dem Kapitalismus ein neues Akkumulationsregime fehlt, soll eine massive Förderung ökologischer Industrien und der korrespondierenden Infrastruktur ein neues, grünes Wirtschaftswunder – ähnlich der Automobilmachung in den 1950er Jahren – entfachen.

Auch hier greift der absurde innere Widerspruch des Kapitalverhältnisses, da die spätkapitalistische Wirtschaftsmaschine schlicht zu produktiv für eine notwendige radikale Ökowende ist. Windkraftträder und Solarmodule werden heute nicht so hergestellt wie einst Autos, als Hunderte ArbeiterInnen in einzelnen Handgriffen ein Fahrzeug montierten. Deswegen ist die Masse verwerteter Lohnarbeit – aus deren Steuer aufkommen die ökologische Infrastruktur staatlich finanziert werden müsste – in der Ökobranche sehr niedrig, während die Kosten für den infrastrukturellen ökologischen Umbau astronomisch sind. Und darum spricht alle Welt von den Kosten der Ökowende – und nicht von deren Chancen.

Mythos IX: Der kleine Mann weiß am besten, was er will

Nein, das tut er nicht. Die Grundannahme aller populistischen Politik, wonach »das Volk« seine Lage erkennen und seine Interessen entsprechend artikulieren könne, zerschellt an der Dominanz der Massenmedien und der spätkapitalistischen Kulturindustrie, die längst den Kampf um die Köpfe gewonnen hat. Die Bevölkerung bleibt für gewöhnlich größtenteils in den massenmedial eingebrannten kapitalistischen Denkformen verfangen, was in Krisenzeiten schlimmstenfalls einen Extremismus der Mitte befeuert und bestenfalls zur Formulierung linker sozialer Forderungen führt, die kaum noch systemimmanent realisierbar sind.

Mit dieser falschen Unmittelbarkeit der Krisenpolitik verbleibt somit auch die LINKE letztendlich im kapitalistischen Gedankengefängnis. In Reaktion auf die

kapitalistische Systemkrise sollen die Institutionen, Vermittlungsebenen und Vergesellschaftungsformen des Kapitalismus auf Biegen und Brechen aufrecht-erhalten werden. Lohnarbeit, Markt und Staat sind in der Krise, sie werden jedoch von dieser letztendlich konservativen Politik nicht infrage gestellt, sondern gerade verstärkt bejaht.

Anstatt an überkommenen Vergesellschaftungsformen festzuhalten, gälte es für die LINKE, ein dem Krisenprozess adäquates, radikales Krisenbewusstsein in die Bevölkerung zu tragen. Der erste Schritt besteht somit darin, den Menschen die ungeschminkte Wahrheit möglichst verständlich mitzuteilen. Zu sagen, was Sache ist, zu erklären, dass die Krise nicht überwunden werden kann, dass es schlimmer kommen wird, dass sie ihr gewohntes Leben werden aufgeben müssen, dass das Kapital in seiner Agonie die menschliche

Zivilisation zu zerstören droht. Kurz: Dass nichts so bleiben wird, wie es ist. Ob wir es nun wollen oder nicht.

Der Autor bezieht sich in seinen Texten auf die Wertkritik, wie sie maßgeblich von Robert Kurz ausgearbeitet wurde, sowie die Weltsystemtheorie Immanuel Wallersteins. Wertkritik übernimmt von Marx die Kritik am Warenfetischismus von Ware, Wert und Geld, kritisiert aber dessen Klassentheorie und Geschichtsphilosophie. Wertkritik sieht die Arbeiterklasse als Teil des kapitalistischen Systems und spricht ihr darum ab, die Rolle als revolutionäres Subjekt zu übernehmen.

Die Weltsystemtheorie, die der Historiker und Wirtschaftssoziologe Immanuel Wallerstein ab 1974 formulierte, nimmt transnationale ökonomische Interaktion und globale Wirtschaftssysteme in den Blick.

Der Artikel erschien in der Juni-Ausgabe 2017 von OXI.

Der Zusammenhang zwischen Ökologie und der Verletzung des Gewaltverbots der UNO

Von Dieter Brendahl

Zunächst sollte Ökologie als System der ungestörten Wechselbeziehungen der Lebewesen zueinander und ihrer Umwelt verstanden werden.

In den Mainstream-Medien und abhängigen Wirtschaftsinstituten wird der Ökologie-Begriff vorwiegend auf Teilgebiete von Wechselbeziehungen der belebten und unbelebten Umwelt eingeschränkt. Dazu gehört die Untergliederung in unterschiedliche Ökosysteme. Gemeinschaftliches Handeln zur Erhaltung lebensfreundlicher Umweltbedingungen wird durch den Denkraum der Kapitalvermehrungsökonomie in den Hintergrund verdrängt. Der Einfluss von Klima und Politik auf Ökologie kommt in diesem Denkraum nicht vor und verursacht allgemeinen Realitätsverlust. In der Folge bewirkt Realitätsferne des individuellen Denkens Demokratieverlust und fördert Unterordnung unter Herrschaftsstrukturen.

Die herrschende Klasse der gegenwärtigen Herrschaftsstrukturen handelt nach Gesetzen, die denen organisierter Verbrecherbanden ähneln: Für ihre eigenen Herrschafts- und Machtbestrebungen verbün-

den sie sich untereinander nach dem Prinzip: „Teile und herrsche!“. Militärische Gewalt gegenüber Konkurrenz der eigenen Klasse ist inklusive (siehe Konflikt zwischen den Oligarchen vom US-Imperium und Russland, die den Energiesektor beherrschen). Die herrschenden Akteure sind unfähig zu verhindern, dass ihr Handeln auch sie selbst in die (ökologische) Katastrophe führt.

Fatale Folge von Realitätsverlust ist neben atomarem Wettrüsten die Verteidigung eines Weltsystems der Energieversorgung, die Klimakatastrophen verursacht und großen Teilen der Weltbevölkerung die Existenzgrundlagen nimmt.

Seit es eigennützige Aneignung von Arbeit anderer gibt, ist die private Verfügung über Arbeitsenergie Grundlage von Herrschaftsstrukturen. Macht über Arbeitsenergie erfordert Wettbewerb um deren Erhalt und ständige Erweiterung. Katastrophal für diese und kommende



- 1 Siehe hierzu auch Illegale Kriege: Türkei und Syrien, Dr. Daniele Ganser an der Universität in Köln am 03.06.2017 <https://www.youtube.com/watch?v=dvSrNjUorn4>
- 2 Siehe hierzu Prof. Dr. Volker Quaschnig <https://www.youtube.com/channel/UCEPZNMjVXBALuPZKNua5Hg>, insbesondere https://www.youtube.com/watch?v=SUAPD_Xx5PI
- 3 Siehe hierzu Gewaltverbot der UNO Charta 1945, Kapitel 1, Artikel 2, Absatz 4

Generationen wurden diese Machtverhältnisse, seit die Herrschenden sich nicht nur auf die Aneignung bzw. Ausbeutung menschlicher Arbeit beschränken, sondern (neoliberal) mit verdeckter Kriegsführung die Ausbeutung von Naturressourcen betreiben.

Erfindungsgeist ermöglicht in bisher nicht gekanntem Maße, menschliche Arbeit durch Aneignung fossiler Ressourcen zu ersetzen. Allerdings wird damit der Zustand der belebten Natur für viele Menschheitsgenerationen zerstört. Verursacher ist das Netzwerk der Milliardäre, der Geheimdienste, des Militärs, der Justiz und des organisierten Verbrechens. Das Netzwerk spaltet mit organisiertem Verbrechen Teile der Menschheitsfamilie in tödlichen Hass zueinander und ermächtigt sich danach selbst zum Krieg gegen den Terror, der eigentlich Krieg um Erdöl und Erdgas ist.

Die NATO ist Bestandteil dieses Systems. Durch Waffenexporte werden illegale Kriege ständig befeuert. Energetische Basis dieser Kriege sind Erdöl, Erdgas und Kohle. Ihr Einsatz zerstört nicht nur Menschenleben und zivilisatorische Errungenschaften durch Bomben und tödliche Waffen, sondern bewirkt auch globalen Klimawandel. Kurz: Die imperiale Strategie verbrecherischer Netzwerke ignoriert Ökologie und versetzt den Globus in unmenschlich-katastrophalen Zustand.¹

Dies alles geschieht, obgleich im Überschuss vorhandene Sonnenenergie in allen Erscheinungsformen geeignet ist, um unabhängig von Kartellen und imperialen Netzwerken bedarfsdeckend nutzbare Arbeitsenergie zu gewinnen. Nur friedliches Miteinander bzw. Kooperation der Menschheitsfamilie kann dieses vorhandene Potential nutzen.²

Von ihm abhängige Gesetzgebung ermöglicht dem herrschenden Netzwerk, auch in Deutschland Verbrechen gegen die Gesellschaft zu begehen, ohne juristisch verfolgt zu werden. Das schließt die u.a. mittels Steuern und Patentrecht verhinderte Nutzung regenerativer Energiequellen zur Ablösung atomarer und fossiler Energieträger ein. Die NATO stellt sich in diesem Netzwerk des US-Imperiums als Organisation zur Beteiligung an illegalen Kriegen und Schutzgeld-erpressung dar.³

Die ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates haben die Sicherheitsfunktion des Rates allerdings in das Gegenteil verkehrt, indem sie das Gewaltverbot missachten und ihr Einzel-Vetorecht auch gegeneinander für illegale Kriege missbrauchen. Dem kann nur mit Zweidrittelmehrheit der UNO-Mitgliedsstaaten

abgeholfen werden.

Dass viele Regierungen der UNO-Mitgliedsstaaten in der UNO-Vollversammlung nicht den Friedenswillen ihrer Bevölkerungsmehrheit vertreten, ist Ergebnis medialer Diskriminierung und gezielter Unterwanderung der Weltfriedensbewegung durch Provokateure.

Die Regierungen der zurzeit kriegsführenden Staaten manipulieren einen großen Teil ihrer Bevölkerung durch Aufbau von Feindbildern und Kriegshetze. Volksbefragungen zu Kriegsbeteiligungen und Waffenexporten lehnen sie ab.

Fazit:

Sämtliche Bereiche des gesellschaftlichen Lebens sind ökologisch relevant. Der entscheidende ökologische Einfluss geht von der Politik aus. Politik bestimmt die Maßnahmen jeder Regierung, die das Verhältnis von Gesellschaft und Natur beeinflussen. Die Menschen sind Bestandteil der Natur und im Einzelinteresse angehalten, ihr Leben im Einklang mit der Natur gesellschaftlich zu organisieren.

In einer Rangfolge ökologischer Politikfelder stehen Bildungspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik, Energiepolitik, Landwirtschaftspolitik und Industriepolitik in der angegebenen Reihenfolge an erster Stelle. Verbindenden Charakter und alles entscheidenden Einfluss hat Friedenspolitik. Sie muss sich in viel stärkerem Maße auf die Einhaltung des Gewaltverbots durch die ständigen Mitgliedsstaaten des UNO-Sicherheitsrates konzentrieren, um erfolgreich zu sein.

Quellen

Google Wörterbuch: Ökologie

Volker Quaschnig: „Erneuerbare Energien und Klimaschutz“, Hanser-Verlag 2010, ISBN 978-3-446-41961-2

Volker Quaschnig: Sektorkopplung durch die Energiewende: wieviel Photovoltaik brauchen wir? (https://www.youtube.com/watch?v=SUAPD_Xx5PI)

Wolfgang Neskovic (Hg.): „Der CIA-Folterreport“, Westend Verlag 2015, ISBN 978-3-86489-093-2

Fabian Scheidler: „Das Ende der Megamaschine“, Promedia-Verlag 2015, ISBN 978-3-8531-384-6

Daniele Ganser: „NATO-Geheimarmeen in Europa“, Orell Füssli Verlag 2016, ISBN 978-3-280-06106-0

Daniele Ganser: „ILLEGALE KRIEGE, Wie die NATO-Länder die UNO sabotieren, Eine Chronik von Kuba bis Syrien“, Orell Füssli Verlag 2016, ISBN 978-3-280-05631-8

John Perkins: „Bekanntnisse eines Economic Hit Man, Unterwegs im Dienst der Wirtschaftsmafia“, Goldmann Verlag April 2016, ISBN 978-3-442-15918-5

Daniele Ganser: „Illegale Kriege: Türkei und Syrien“, Vortrag an der Universität in Köln am 03.06.2017 (<https://www.youtube.com/watch?v=dvSrNjUorn4>)

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit der juris GmbH – www.juris.de:
Stromversorgungsverordnung (Strom GVV),
Stromnetzentgeltverordnung (NEV),
Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), Kraft-Wärme-Kopplung Gesetz (KWKG),
Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und
Konzessionsabgabeverordnung (KAV)

Charta der Vereinten Nationen <http://www.unric.org/de/charta>;

Kapitel I, Ziele und Grundsätze, Artikel 2, 4.:

„Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten

Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

Kapitel IV, Artikel 18, (2):

„*Beschlüsse der Generalversammlung über wichtige Fragen bedürfen einer Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Mitglieder. Zu diesen Fragen gehören: Empfehlungen hinsichtlich der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die Wahl der nichtständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, die Wahl der Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialrats, die Wahl von Mitgliedern des Treuhändrats nach Artikel 86 Absatz 1 Buchstabe c, die Aufnahme neuer Mitglieder in die Vereinten Nationen, der zeitweilige Entzug der Rechte und Vorrechte aus der Mitgliedschaft, der Ausschluss von Mitgliedern, Fragen betreffend die Wirkungsweise des Treuhändersystems sowie Haushaltsfragen.*“ (Hervorhebung vom Autor)

Erfolgreich flüchten - Vogelfallen

Wenn die Vögel sich zu großen oder kleineren Schwärmen sammeln und ihr Winterquartier das Reiseziel ist oder sie aufbrechen, um ihre Brutplätze zu erreichen, sind sie einer ganzen Reihe von Widrigkeiten ausgesetzt. Ihre Flugrouten können viele tausend Kilometer lang sein und über Gebirge, Meere und Wüsten führen. Auf diesen Strecken lauern Gefahren.

Wind und Wetter erschweren den Flug

Die Vögel haben sich vor ihrem weiten Flug kleine Fettreserven angefrisst und sie gehen sparsam mit der daraus gewonnenen Energie um, denn oft finden sie tagelang nichts zu fressen. Überfliegen sie hohe Gebirge, so müssen sie sich ihren Weg durch Täler und Schluchten suchen, denn nur ganz wenige Vögel können ein Gebirge wie beispielsweise den Himalaya, dessen Gipfel bis zu 8000 Meter in die Höhe ragen und das sich über 2500 km in die Breite erstreckt, einfach überfliegen. In so hohen Höhen ist es viel zu kalt und die Luft zu dünn. Das bedeutet, dass ihr Sauerstoffgehalt viel geringer als normal ist. Landen werden die Vögel in den Tälern aber nur zur Not, wenn Nebelwände oder Gewitter sie bedrohen oder ein starker Sturm mit schwerem Regen und starken Böen über die Gebirge zieht und sie zur Landung zwingt.

Eine Vogelflug-Formation kann die über einer Wüste aufsteigende warme Luft für Gleitflüge nutzen und so Energie sparen, aber eine Zwischenlandung bietet sich meistens nicht an, da weder Wasser noch Nahrung

vorhanden sind. Einige der Federtiere kennen allerdings Oasen, die sie fest in ihren Flugplan eingebaut haben, um dort einen Zwischenstopp einlegen zu können. Dort stärken sie sich mit Nahrung und löschen ihren Durst.

Jungvögel - fürs Leben lernen

Die Jungvögel, die zum ersten Mal mit den älteren fliegen, müssen besonders gut aufpassen. Sie kennen den Weg noch nicht. Doch wenn sie ihn einmal erfolgreich zurückgelegt haben, vergessen sie die Route nie mehr. Kommt ein Jungvogel allerdings während des Flugs vom Weg ab, weil sein Schwarm von einem Raubvogel angegriffen und er abgetrieben wurde, dann hat er es schwer wieder Anschluss an seine Schar zu finden. Allein auf sich gestellt sinken seine Überlebenschancen. Wenn der Verlorene Glück hat, trifft er auf einen anderen Schwarm und schließt sich ihm an, das wäre seine Rettung.

Der Mensch als Widersacher

Die Vögel kennen keine Landesgrenzen, sie folgen ihren Flugrouten und überqueren verschiedenen Staaten. Auf ihrem Weg in den Süden überfliegen viele Zugvögel die Länder rund ums Mittelmeer und das ist extrem gefährlich. Viele dieser Länder machen Jagd auf Singvögel. Besonders an der Küste von Ägypten, die ungefähr 700 Kilometer lang ist, sind fast auf ganzer Strecke Fangnetze aufgestellt. Das ist zwar verboten, doch scheint es kaum jemanden zu kümmern. Die

Vögel, die nach dem langen, anstrengenden Flug übers Mittelmeer dort hin fliegen, verfangen sich zu Millionen in den Netzen und kommen elend zu Tode.

Zu den auf diese Weise gefangenen Tieren gehören unter anderen Nachtigall, Steinmetzer oder Ziegenmelker. Sie werden auf den Märkten des Landes als Delikatesse verkauft. Jagd wird in Malta auch mit der Schußwaffe auf Wespenbussarde oder Fischadler betrieben, was ebenfalls verboten ist. In Frankreich beispielsweise werden jährlich nahezu fünf Millionen Feldlerchen und fast eine halbe Million Kiebitze getötet. Sie enden als ganz besonders erlesene Speise auf den Tellern der Feinschmecker. Aber auch in Italien wird Jagd auf Singvögel gemacht.

Strommasten, Gebäude, Windkraftanlagen – gefährliche Hindernisse

Doch auch andere Gefahrenquellen lauern auf die Federtiere auf ihrem Flug durch die vom Menschen errichteten Bauten, technischen Anlagen und die vielen Veränderungen in der Landschaft. Millionenfach sterben Vögel durch den Zusammenstoß mit Gebäuden. Hohe, große Fensterflächen irritieren die Tiere, sie erkennen das Glas nicht und zerschellen an den Scheiben. Unzählige Vögel, darunter auch die Weißstörche, erleiden tödliche Stromschläge, wenn sie einen Hochspannungsmast und die -leitung gleichzeitig berühren. In Deutschland dürfen aus diesem Grund nur noch vogelsichere Strommasten aufgestellt werden, die mit Plastikschutzkappen versehen sind und deren Leitungen in der Nähe des Mastes isoliert sein müssen.



Ein Weißstorch im Flug

Auf langen Flügen legen die Vögel eine Rast ein, um zu trinken, zu fressen und sich zu erholen. Häufig sind das Feuchtgebiete wie das Wattenmeer, große und kleine Seen, aber auch die Regionen in Flussnähe. Doch viele solcher Gebiete werden vom Menschen beansprucht für

Industrie und Landwirtschaft oder durch großflächige Bebauung, beispielsweise von Häusern und Straßen, zerstört. Fehlen die Rastplätze auf den Reiserouten der Zugvögel, kommen sie in ernste Schwierigkeiten, da sie sich für ihren langen Weiterflug nicht stärken können. Die Gefahren, die von Windkraftanlagen ausgehen, sind noch nicht ausreichend untersucht. Dass ein Vogel gegen ein Rotorblatt fliegt, ist aber sicherlich nicht ausgeschlossen.

Vögel nehmen gern die Hilfe von Menschen an

Glücklicherweise gibt es auch Menschen, die sich über die Zugvögel freuen. Hier ein paar Beispiele: In China werden Schwalben und Mauersegler verehrt und es wird gern gesehen, wenn sie ihre Nistplätze in und an den Behausungen der Menschen errichten. Die Vögel fressen stechende Insekten und halten deren Zahl auf ein für die Dorfbewohner erträgliches Maß. In Japan werden die Mandschurenkraniche seit Mitte des letzten Jahrhunderts stets gefüttert. So konnte die einst geschwächte Population wieder stark anwachsen. Bis heute hält man an der Tradition des Kranich-Fütterns fest - sehr zum Gefallen der Vögel.

Eine andere Besonderheit lässt sich in einer Stadt in Indien beobachten und diese Stadt liegt mitten in einer Wüste. Dort würde man Jungfernkraniche eher nicht vermuten, denn sie suchen eigentlich Feuchtgebiete auf. Doch in dieser Stadt wurde eigens für sie ein großer umzäunter Futterplatz eingerichtet, auf dem die Menschen in reichlichen Mengen Körner ausstreuen. Der Kranichvogel wird von Indern verehrt. Aus einem einstigen Zwischenstopp ist für diese Federtiere ein Rastplatz für den ganzen Winter geworden.

Diesem Artikel liegen folgende Quellen zugrunde:

<http://energiewende-naturvertraeglich.de/index.php%Fid=1111.html>

http://www.t-online.de/leben/familie/id_66231776/zugvoegel-gefahren-waehrend-des-vogelzugs.html

<http://www.scinexx.de/dossier-detail-119-5.html>

<http://www.br.de/themen/wissen/zugvoegel-vogelzug-vogelfang-100.html>

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der Online-Zeitung SCHATTENBLICK * INFOPOOL * KINDERBLICK * NATURKUNDE TIERE/106: Erfolgreich flüchten - Vogelfallen ... (SB)

Copyright 2012 by MA-Verlag, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth

Link zum Originaltext:

<http://www.schattenblick.de/infopool/kind/natur/knti0106.html>

Die Kuh ist kein Klima-Killer

Rezension von Götz Brandt

Die Autorin Anita Idel versucht in diesem Buch (6. Auflage seit 2010) den positiven Seiten der Rinderhaltung Geltung zu verschaffen. Nachteilig ist, dass sie einleitend den Ausstoß von Klimagasen der Rinder je Kuh und insgesamt (Methan ist 25 Mal klimaschädlicher als Kohlendioxid) nicht quantifiziert hat. Die Kuh ist nun mal ein „Klimakiller“: Eine Kuh gibt im Jahr etwa 3 Tonnen CO₂-Äquivalent von sich und im Vergleich ein Mittelklassewagen etwa 2 Tonnen. Rinder gibt es in Deutschland 14 Mio. und Autos etwa 45 Mio. Stück. Das sind Tatsachen ohne die Begleiterscheinungen zu berücksichtigen, die von Autos oder Kühen verursacht werden. Die Geburt eines Kalbes ist umweltfreundlich, die „Geburt“ eines Autos belastet die Umwelt erheblich. Die grasende Kuh sondert zwar wie das Auto auch Klimagas ab, aber liefert auch noch Milch und Fleisch. Das Auto hingegen sondert außerdem noch Feinstaub, Stickstoffoxide und Schwermetalle (Reifenabrieb) ab und belastet die Umwelt und die Menschen unmittelbar. Damit wird der Propaganda der Autoindustrie, die den von Ochsen gezogenen Wagen als umweltschädlicher als das Fahren mit dem Auto anpreist, ad absurdum geführt.

Die Autorin beginnt gleich mit der Schilderung des positiven Einflusses der Rinder auf die Umwelt. Da etwa 40 % der weltweiten Landfläche mit Grünland bedeckt ist, können Rinder das Klima auch verbessern. Nachhaltige Weidewirtschaft verbessert die Bodenfruchtbarkeit, weil Kohlenstoff in der Grasnarbe gespeichert wird. Eine Tonne Humus entlastet die Atmosphäre um etwa 1,8 Tonnen Kohlendioxid. Grünland hat daher ein großes Potential zur Begrenzung des Klimawandels. Außerdem reichert Weideland den Humus im Boden an, aber bei Umbruch der Weiden zu Ackerland geht der Humus und damit die Bodenfruchtbarkeit verloren. Auch im Feldbau wird Raubbau am Humusgehalt betrieben, wenn industriell gewirtschaftet wird mit viel Mineraldünger und schweren bodenverdichtenden Maschinen.

Kühe werden in der industriellen Landwirtschaft im Stall gehalten und wie Schweine gefüttert: energiereiches Kraftfutter wie Mais, Getreide, Soja – was nicht artgerecht ist. Die Kuhmägen der Wiederkäuer können Zellulose verdauen; wenn sie so gefüttert wird, ist die Kuh kein Nahrungskonkurrent für den Menschen. Aber mit viel Kraftfutter kann viel Milch je Kuh erzielt werden

(um die 10.000 l/a), doppelt so viel wie bei einer Weidekuh. Die Kuh ist dann Nahrungskonkurrent der Menschen. Bei der Gewinnung von Kraftfutter werden bei der Düngung Lachgas, Ammoniak und Kohlendioxid freigesetzt und dadurch die Klimabilanz der industriellen Kuhhaltung weiter verschlechtert. Kühe in den Ställen haben ein kurzes Leben (meist nur fünf Jahre), bringen in der Regel nur

zwei bis drei Kälber ganz im Gegensatz zu den Weidekühen, die gesünder leben und 10 und mehr Jahre alt werden können. Diese Vorteile der Weidewirtschaft werden in diesem Buch ausführlich dargestellt, nicht nur theoretisch beleuchtet, sondern anhand praktischer Beispiele erläutert. In Afrika werden 40 % der Landfläche von Hirtenvölkern auf Flächen bewirtschaftet, die sich für den Ackerbau nicht eignen. Kühe und auch Schafe sind generell „Samen-taxis“, indem sie Samen fressen und wieder ausscheiden oder auch im Fell mitschleppen und so zur Verbreitung von Pflanzen beitragen. Beispiele aus der Alpwirtschaft in der Schweiz und im Allgäu zeigen die Vorteile der Weidewirtschaft. Gallowayhaltung in Mecklenburg, Nguni-Rinderhaltung in Namibia und Wasserbüffel-Haltung in Brandenburg zeigen anschaulich, dass Weidehaltung auch in Europa Zukunft hat.

Anita Idels Appell richtet sich nicht nur an Landwirte, sondern an alle Verbraucher: Weg mit der industriellen Landwirtschaft, Wiederkäuer gehören auf die Weide. Insofern wird der Weg in eine zukünftig notwendige Bio-Landwirtschaft gewiesen.

Anita Idel: "Die Kuh ist kein Klimakiller! Wie die Agrarindustrie die Erde verwüstet und was wir dagegen tun können"; 6. Auflage, 210 Seiten, 18,00€ ISBN 978-3-7316-1209-4 (Mai 2016)



Impressum

Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform ISSN 2195-027X

Redaktion: tarantel@oekologische-plattform.de (ausschließlich für Veröffentlichungen)

Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE ; Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

E-Mail: oekoplattform@die-linke.de Internet: www.oekologische-plattform.de

Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss DER LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Redaktionsschluss: 15.8.2017

Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in maschinenlesbarer Form per E-Mail einsenden. Ein Anspruch auf Rückgabe unverlangt eingesandter Beiträge in Papierform wird ausgeschlossen. Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecher*innenrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne weitere Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.

Geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: **15.11.2017**

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de/publikationen/tarantel bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Bestellung/Adressänderung:

kontakt@oekologische-plattform.de oder <https://www.oekologische-plattform.de/mitglied-werden/>

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Partei DIE LINKE; IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00;

BIC: BEVODEBB; Verwendungszweck: Ökologische Plattform – Spende

Autoren

Marko Ferst ist Mitbegründer und Mitglied der Ökologischen Plattform.

Dieter Brendahl ist Rentner und ehrenamtlich für Energiepolitik und Ökologie aktiv.

Annette Kaufhold schreibt Gedichte, zeichnet und malt (<https://www.anni-kaufhold.de/>). Ihr neuestes Buch sind "Die bestialischen Verse" (<http://www.periplaneta.com/Produkt/art/hoer-buecher/die-bestialischen-verse-buchcd/>).

Carsten Preuß ist Landesvorsitzender des BUND Brandenburg.

Eva Bulling-Schröter war von 1994 bis 2002 und von 2005 bis 2017 Bundestagsabgeordnete DER LINKEN und ist Mitglied des Bayerischen Landesvorstandes DER LINKEN.

Vandana Shiva ist Wissenschaftlerin, soziale Aktivistin und Globalisierungskritikerin, Trägerin des alternativen Nobelpreises und u.a. Mitglied des Club of Rome.

Dario Lo Scalzo ist Journalist, Schriftsteller und Filmemacher und zur Zeit Teil des Editorials der internationalen Presseagentur Presenza.

Dr. Eva Lehmann ist Mitglied der Ökologischen Plattform.

Tomasz Konicz ist freier Journalist und schreibt u.a. regelmäßig für Konkret und Telepolis.

Götz Brandt ist langjähriges Mitglied der Ökologischen Plattform und ihres Sprecher*innenrates.

Bildnachweise

Titelbild: Stimmabgabe: Wählerin wirft Stimmzettel in Wahlurne. fotografiert von Alexander Hauk (www.alexander-hauk.de/) / www.bayernnachrichten.de

S 3: Manfred Wolf beim Bundestreffen in Erfurt; fotografiert von Mike Wright

S. 5: Mit Pumpgun, Patronengürtel und Maschinenpistole an der Feldstraße; Foto von Thorsten Schröder [CC BY 2.0] - via flickr

S 15: Montage: GRÜNE LIGA Bundeskontaktstelle Braunkohle Umweltgruppe Cottbus e.V.

S. 19: Vandana Shiva, Foto von Elke Wetzig (Elya) - Eigenes Werk, [CC BY-SA 3.0] -via Wikipedia

S. 20: Anwendung von Glyphosat; Foto von Paul Schulze, Humboldt-Universität zu Berlin, Fachgebiet für Bodenkunde und Standortlehre. Lizenziert unter Creative-Commons (CC-BY 4.0) - via flickr

S. 21: Hochwasser Leipzig Elster 2011; Foto von Acid Pix [CC BY 2.0]] - via flickr

S. 22: The All-New Range Rover - Manufacturing Shots, Foto von Land Rover MENA, [CC BY 2.0]] - via flickr

S. 28: Carlos Delgado, CC BY-SA 3.0 - via Wikimedia Commons

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über kontakt@oekologische-plattform.de oder <http://www.oekologische-plattform.de>

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, <https://www.oekologische-plattform.de> oder info@oekologische-plattform.de

Petra Beck, pcbe@gmx.net

Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

Mailverteiler (Newsletter): Anmeldung unter <https://www.oekologische-plattform.de/kontakt>

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Thomas Scherzberg, Walter-Oertel-Str. 32, 09112, Chemnitz, ts_09112@web.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Sprecherin für Energie und Klimaschutz), Tel. 030 22772485, Fax 030 22776485, eva.bulling-schroeter@bundestag.de

Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel.

030 22772636, Fax 030 227-76638,

ralph.lenkert@bundestag.de

Landesebene

Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Stroberg 36, 70180 Stuttgart, mail@wolfgangkaemmerer.de

Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284, eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de

Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta, (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111; Berlin, Tel. 030 23252550, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

Norbert Wilke, Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam , 01520 2875749 norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de (LAG Umwelt)

Bremen

Helmut Kersting, helmutkersting@die-linke-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de (AG Umwelt, Energie, Verkehr)

Hessen

Hajo Zeller, DIE LINKE.KV Marburg-Biedenkopf , Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg , hajo.zeller@die-linke-marburg.de, Tel. 06421163873

Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik), Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Sprecherin für Energie-, Verkehr- und Umweltpolitik), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de Tel.09385 5252531
Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung) info@die-linke-mv.de

Niedersachsen

Karsten Färber (LAG ÖPF), Karsten.farber@kabelmail.de
Heinz Preuß (Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr. 6, 31787 Hameln, Tel. 05151 409481, Hpborusso@aol.com

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Hohenzollernring 99, 48145 Münster, Tel. 0151 18479447, ralfhenrichs@gmx.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler, marion-morassi@t-online.de

Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF RP)

Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, umwelt-, energie-, sport-, verkehr- und wohnungsbaupolitische Sprecherin) Franz-Josef -Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken, dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891 35290, an-sa-kunze@t-online.de

Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207

Leipzig, Tel. 0341 9424882, micha.lauter@web.de; (ADELE – ÖPF SA)

Marco Böhme, MdL, marco.boehme@linksjugend-sachsen.de

Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, jana.pinka@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel. 0345 29418-63, (AG Umwelt)

Angelika Hunger (MdL, Ernährung, Landwirtschaft, Forsten, Umwelt), Angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104

Magdeburg, andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Frank Roßband, frank.rossband@web.de

Schleswig-Holstein

Bernd Friedrich, friedrich_bernd@t-online.de, Augrund 7, 24321 Lütjenburg

Hans-Jürgen Schulze, hajueschulze43@gmx.de, Öhlmüllentallee 1, 24306 Plön

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (Sprecherin ÖPF Thüringen, MdL, Agrar- und Regionalpolitik), johanna@scheringer.de, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Tel. 0151 1172 3000

Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher), Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317, kummer@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Neues Deutschland: Uwe Kalbe, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, politik@nd-online.de

Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberalf



Tarantel

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

Nr. 78

September
III/2017

DIE LINKE.

Editorial	2
In eigener Sache	3
Zum Tod von Manfred Wolf	
Die Partei verliert einen wichtigen Mitstreiter für eine ökologische Linke	3
Nachrichten	
Dieselgate	4
G20 Demos - Polizeiwaffen gegen Sanitäter	5
"Aber was ist mit den Hühnern?"	7
Gedicht	
Der Gott des Gemetzels	8
Schwerpunkt: Glaubwürdigkeit	
Welche ökologischen Ziele muss die LINKE im Wahlkampf vertreten?	9
Die Koalition der Wortbrüchigen -	
Wie Brandenburgs Landesregierung sich vom Kohlekonzern ihr Klimaziel diktieren lässt	14
Ein Konzern kann nicht Taktgeber der Energiepolitik sein	17
DIE LINKE bleibt dabei:	
Deutschland braucht einen zügigen, sozialverträglichen und planbaren Ausstieg aus der Braunkohle- verstromung	19
Position	
Gewaltfreiheit erzeugt einen widerstandsfähigen Geist	19
Glosse	
Es waren nur Regentropfen	21
Gesellschaftsperspektive	
Die Mythen der Krise	21
International	
Der Zusammenhang zwischen Ökologie und der Verletzung des Gewaltverbots der UNO	25
Naturschutz	
Erfolgreich flüchten - Vogelfallen	27
Bücherecke	
Die Kuh ist kein Klima-Killer	29
Impressum	30
Kontakte	31